

Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 88 | 18. Juli 2016

Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter gesichert Langjähriges politisches Engagement der Union zahlt sich aus

Liebe Leserinnen und Leser,

am 6. Juli 2016 verabschiedete der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die durch das Bundesministerium des Innern erstellte Richtlinie zur Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter. Dies ist ein großer politischer Erfolg für die Union, hatte sich doch insbesondere die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion seit vielen Jahren für dieses wichtige Anliegen und die Schließung der damit verbundenen Gerechtigkeitslücke eingesetzt. Was bedeutet dies konkret? Die am 1. August 2016 in Kraft tretende Richtlinie ermöglicht es, dass Betroffene über das Bundesverwaltungsamt in Köln eine einmalige Anerkennungsleistung in Höhe von 2.500 Euro beantragen können. Das Antragsformular und weiterführende Informationen sind ab dem 1. August 2016 direkt beim Bundesverwaltungsamt erhältlich. Sie erreichen das Bundesverwaltungsamt unter der Internetadresse www.bundesverwaltungsamt.de/zwangsarbeiter oder über eine telefonische Beratung unter der Rufnummer 0228 - 99358 - 9800.

Mit der Überarbeitung der Förderkonzeption des "Kulturparagraphen" 96 Bundesvertriebenengesetz ist im zurückliegenden ersten Halbjahr 2016 ebenfalls gelungen, einen weiteren, die Themen der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten betreffenden, Punkt aus dem Koalitionsvertrag der Großen Koalition umzusetzen. Das nun vorliegende Papier trägt klar die Handschrift der Unionsparteien von CDU und CSU. Neben der bereits 2013 formulierten Zielsetzung des Koalitionsvertrages, das Themenfeld unter dem Aspekt einer weiteren europäischen Integration weiterzuentwickeln, richtet die neue Konzeption ihren Fokus nun wieder verstärkt auf die Arbeit der Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen und die Organisationen der Selbstverwaltung der deutschen Minderheiten. Dieses war bei der noch aus Zeiten rot-grüner Regierungsverantwortung stammenden Vorgängerkonzeption erkennbar nicht der Fall und bedurfte daher der dringenden Korrektur. Ein Exemplar der entspre-

chenden Bundestags-Drucksache finden Sie in der Anlage zu dieser Ausgabe des IAV.

Es ist völlig unstrittig, dass die Pflege der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa alleine schon aufgrund der geografischen Lage der historischen Siedlungsgebiete nur im europäischem Rahmen erfolgen kann. Aber diese Erkenntnis ist keine neue Erfahrung der Gegenwart, sondern wird von den Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen in Deutschland und den deutschen Minderheiten-Selbstverwaltungen seit vielen Jahren mit vielfältigem Leben ausgefüllt. Auch die institutionell vom Bund geförderten Einrichtungen wie die Landesmuseen kooperieren seit vielen Jahren eng mit ihren Partnerorganisationen in den Bezugsregionen. Hier gibt es zwischen der Union und großen Teilen des linken politischen Lagers deutliche inhaltliche Unterschiede. Die beiden Bundestagsdebatten dieses Jahres zur Kulturarbeit in den zurückliegenden Jahren sowie zur Weiterentwicklung der Förderkonzeption, die Sie ebenfalls in der vorliegenden Ausgabe nachverfolgen können, machen die unterschiedlichen Auffassungen mehr als deutlich.

Die Fortsetzung des Dialogs mit den deutschen Minderheiten brachte in den zurückliegenden Wochen und Monaten zahlreiche eindrucksvolle Begegnungen. Neben einer fortgesetzten Unterstützung durch den Bund ist und bleibt es uns ein wichtiges Anliegen, diese historisch gewachsenen Verbindungen auch durch die Präsenz von Parlamentariern unserer Fraktion vor Ort zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen



Foto: Privat

Klaus Brähmig
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Inhalt

Personalentscheidung für neue Direktorin stärkt Stiftung Flucht, Vertreibung	2
Heimatvertriebene leisten dauerhaften Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung	3
Haushaltsausschuss verabschiedet Richtlinie zur Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter	3
Debatte im Deutschen Bundestag zur Weiterentwicklung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz	4
Bundestagspräsident Norbert Lammert besucht die Gruppe	19
Sudetendeutsche Landsmannschaft: Bernd Posselt zu Gast bei der Gruppe	22
Deutsche Minderheit in Polen: Bernard Gaida und Rafal Bartek informieren	23
Bericht über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des BVFG in den Jahren 2013 und 2014	25
Stadtentwicklung in Königsberg/Kalininograd in Dresden und Berlin vorgestellt	33
Feierlichkeiten zum Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen	34
Kontaktpflege der Gruppe zur deutschen Minderheit in der Ukraine	36
Deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik von der Gruppe besucht	38
Gruppe besucht das Museum der Festung Küstrin	42
Vorbereitungen zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant im Jahre 2024	44

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB

Klaus Brähmig MdB
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Alexander Vollmert
Sekretariat: Ines Roehm
T 030-227-55364
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Personalentscheidung für neue Direktorin stärkt Stiftung Flucht, Vertreibung

Neuanfang beim wissenschaftlichen Beraterkreis notwendig



Foto: Privat

Klaus Brähmig

Der Stiftungsrat der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wählte am 22. Februar 2016 einstimmig die Historikerin Gundula Bavendamm zur neuen Direktorin. Dazu erklärt

der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Die einstimmige Entscheidung des Stiftungsrats der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die Historikerin Gundula Bavendamm zur neuen Direktorin zu ernennen, ist eine wichtige Weichenstellung für die positive Zukunft dieses zentralen Gedenkvorhabens der Bundesregierung. Insbesondere begrüßen wir ihr klares Bekenntnis zur Konzeption der Stiftungsarbeit, nach der Flucht und Vertreibung der Deutschen einen Schwerpunkt der gesamten Stiftungsarbeit und den Schwerpunkt der künftigen Dauerausstellung im Berliner Deutschlandhaus bilden. Damit erkennt die neue Direktorin nicht nur das weiter aufzuarbeitende Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen

an, sondern würdigt insbesondere die Tatsache, dass der entscheidende Impuls zur Gründung dieser Einrichtung aus den Reihen der Betroffenen selbst stammte.

Um wieder Vertrauen und Akzeptanz in die Stiftung zu schaffen, ist ebenso ein Neuanfang beim wissenschaftlichen Beraterkreis notwendig. Einige seiner Mitglieder waren bereits im Sommer während des Nachbesetzungsverfahrens der Leitungsfunktion zurückgetreten, um eine Neuordnung zu ermöglichen. Zudem würde ein zukünftig kleinerer Kreis die Arbeitsfähigkeit enorm verbessern. Dass die neue Direktorin bei der Zusammenstellung dieses der Selbstdefinition nach beratenden Gremiums auf ihren großen Erfahrungsschatz als Leiterin des Alliierten-Museums in Berlin zurückgreifen kann, sind gute Voraussetzungen für eine internationale Vernetzung der Bundesstiftung auch im bisher unterrepräsentierten westlichen Ausland.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bekennt sich zur Erinnerungspolitischen Bedeutung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung für das nationale Selbstverständnis unseres Landes und wird deren Aufbau auch künftig konstruktiv begleiten.“

Heimatvertriebene leisten dauerhaften Beitrag zur deutsch-polnischen Aussöhnung

Scheitern der Debatte zum 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags kläglich

Unter Verweis auf die Berücksichtigung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ihre Zustimmung zum interfraktionellen Antrag „25 Jahre deutsch-polnischer Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ verweigert. Daraufhin war die Gesamtfraktion der SPD nicht mehr bereit, den gemeinsam bereits vereinbarten Antrag mitzutragen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig:

„Die Verweigerungshaltung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, dem Antrag zum 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbar-

schaftsvertrags zuzustimmen, ist ein klarer Beweis für das ideologiebehaftete Weltbild dieser Partei. Dabei ist die Bezugnahme auf die ‚Charta der deutschen Heimatvertriebenen‘ aus dem Jahre 1950 nur der Vorwand, das erfolgreiche Wirken der deutschen Heimatvertriebenen und ihrer Landsmannschaften am deutsch-polnischen Versöhnungswerk insgesamt in Abrede zu stellen. Dass die SPD sich dieser Haltung anschließt und dafür bereits mit ihrem Koalitionspartner getroffene Vereinbarungen aufkündigt, ist höchst bedauerlich.

Bereits im Jahre 2010 zählte der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, die Charta zu einem der ‚Gründungsdokumente der Bundesrepublik Deutschland‘ und bezeichnete sie als ‚wesentliche Voraus-

setzung ihrer vielgerühmten Erfolgsgeschichte‘. Die historische Bedeutung des Dokuments liege auch darin, dass sie ‚außenpolitisch einen Kurs der europäischen Einigung und Versöhnung unter Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Nachbarn vorbereitet‘ habe. Auch aus diesem Grunde hat die Berücksichtigung der ‚Charta der deutschen Heimatvertriebenen‘ im nun gescheiterten Antrag ihre große Berechtigung.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bekennt sich zu den bleibenden Verdiensten der deutschen Heimatvertriebenen an der Aussöhnung zu unseren polnischen Nachbarn und wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass diese in Geschichte und Gegenwart gültige Tatsache ihre berechnete Würdigung erfährt.“

Brähmig/Fabritius: Haushaltsausschuss verabschiedet Richtlinie zur Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter

Bearbeitung erfolgt über das Bundesverwaltungsamt in Köln



Foto: Büro Bernd Fabritius

Klaus Brähmig, Reinhard Brandl, Bernd Fabritius

In seiner Sitzung am 6. Juli 2016 hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages die Richtlinie zur Umsetzung einer Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter beschlossen. Dazu erklären der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig und der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe, Bernd Fabritius:

„Bereits im vergangenen Jahr hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages beschlossen, für die Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter in den nächsten drei Jahren insgesamt 50 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Damit wurde auf Initiative von CDU und CSU ein zentrales Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen erfüllt. Der besondere Dank gilt dem zuständigen Berichterstatter der CDU/CSU im Haushaltsausschuss, Reinhard Brandl, der sich maßgeblich für das Zustandekommen dieser Entschädigungsleistung eingesetzt hat. Die heute vom Haushaltsausschuss verabschiedete Richtlinie, die vom Bundesministerium des Innern unter Einbeziehung der Verbände erarbeitet wurde, regelt die Umsetzung der Einmalzahlung in Höhe von

2.500 Euro pro Leistungsempfänger. Sie tritt am 1. August 2016 in Kraft. Die Durchführung des Entschädigungsverfahrens obliegt dem Bundesverwaltungsamt in Köln, das in Kürze dazu nähere Informationen veröffentlichten wird.

Die Umsetzung dieser langjährigen politischen Forderung der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion schließt eine seit langem bestehende Gerechtigkeitslücke. Das große Leid, das viele Zivilpersonen aufgrund ihrer deutschen Staats- oder Volkszugehörigkeit in Folge des Zweiten Weltkrieges unverschuldet zu ertragen hatten, erfährt auf diese Weise eine symbolische Anerkennung und ist eine wichtige Geste der Wertschätzung für diese große Opfergruppe.“

Debatte im Deutschen Bundestag zur Weiterentwicklung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz

Parlament debattierte am 29. April 2016

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 25 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung Weiterentwicklung der Konzeption zur Erforschung, Bewahrung, Präsentation und Vermittlung der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes Drucksache [18/7730](#)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Innenausschuss

Auch hierzu soll nach einer interfraktionellen Vereinbarung 60 Minuten debattiert werden.

Wenn diejenigen, die daran in besonderer Weise beteiligt sind, Platz genommen haben, eröffne ich die Aussprache.

Ich erteile das Wort der Staatsministerin Monika Grütters.

(Beifall bei der CDU/CSU)



Foto: CDU/CSU-Fraktion

Monika Grütters, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin: Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Viel-

leicht kennen Sie ja das schmale Büchlein *Reisende auf einem Bein*, das Herta Müller nach ihrer Flucht aus Rumänien vor 28 Jahren veröffentlicht hat. Es ist ein Buch über das Gefühl des Fremdseins fern der Heimat, über das Aufbrechen müssen und das Nicht-ankommen-Können, über den Verlust des Gleichgewichts, wenn man mit dem Standbein noch im frü-

heren Leben steht. Reisende auf einem Bein waren die Heimatvertriebenen und später auch die deutschstämmigen Aussiedler aus dem östlichen Europa. Die Pflege des Kulturguts ihrer Herkunftsgebiete, im Bundesvertriebenengesetz festgeschrieben als eine gemeinsame staatliche Aufgabe von Bund und Ländern, half ihnen dabei, am Ende dann doch mit beiden Beinen in der neuen Heimat anzukommen.

Bis heute ist es ein wichtiges Anliegen, das reiche kulturelle Erbe der Deutschen im östlichen Europa zu bewahren, zu erforschen und zu vermitteln, so wie es § 96 des Bundesvertriebenengesetzes vorsieht. Die Mittel dafür kommen am Ende dann Archiven, Museen, Forschungsinstituten und mittlerweile vier Juniorprofessuren zugute. In meinem Etat hat die Förderung mit rund 23,7 Millionen Euro im Jahr 2015 eine Höhe erreicht, die auch monetär unsere sehr große Wertschätzung für das gemeinsame kulturelle Erbe im östlichen Europa zum Ausdruck bringt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nicht zuletzt angesichts der EU-Beitritte der östlichen Nachbarstaaten – das ist ja eine Entwicklung, die sich erst im Verlauf der Anwendung dieses Paragraphen ergeben hat – und der neuen Qualität der Zusammenarbeit geht es nun darum, die Förderkonzeption aus dem Jahr 2000 – so alt ist sie nämlich schon – im europäischen Geist weiterzuentwickeln. Darauf haben sich die Regierungsparteien auch im Koalitionsvertrag verständigt. Wir möchten die Grundlage, die im demografischen Wandel Bestand hat und die getragen ist von unseren gewachsenen Bindungen in Europa, neu formulieren.

Dabei geht es erstens darum, den Erinnerungstransfer von einer Generation zur nächsten sicherzustellen. Das, was die Gedenkstättenarbeit und Erinnerungskultur im Allgemeinen betrifft, bezieht sich auf das Thema Umgang mit unseren östlichen Nachbarn und den Vertriebenen der ersten Generation. Je weniger Zeitzeugen gibt – auch aus diesem Bereich –, desto wichtiger wird eine professionelle und zeitgemäße Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

"Erinnerungstransfer von einer Generation zur nächsten sicherstellen"

Es geht zweitens darum, neue Partner zu finden und neue Zielgruppen zu erschließen. Neben Vertriebenen und Flüchtlingen sind das mittlerweile ganz besonders die Spätaussiedler, die eine starke gemeinschaftliche und gesellschaftliche Kraft geworden sind. Ihre Bedeutung soll sich unter anderem in der Erforschung und Vermittlung ihrer Kultur und Geschichte auch in regionalen Museen spiegeln.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht drittens darum, europäische Kooperationen zu stärken. Sie wissen selbst um die Situation in vielen Ländern des östlichen Europas. Wer mit Partnern vor Ort kooperieren möchte, muss Geld mitbringen. Deswegen werden wir mehr Geld und Mittel in die Hand nehmen für unsere bundesgeförderten Museen, die Vermittlungs- und Forschungseinrichtungen.

Schließlich geht es viertens darum, die Chancen der Digitalisierung auch

in diesem Bereich zu nutzen. Sie ist hier wie überall wichtig. Wir wollen eine digitale Infrastruktur für die Wissenschaft und die Museen entwickeln.

"Wir brauchen einen dauerhaften Aufwuchs"

Guter Wille allein reicht natürlich nicht aus, um all das umzusetzen, was wir uns im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung von § 96 des Bundesvertriebenengesetzes vorgenommen haben. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben mir bereits für das Jahr 2016 zusätzliche Mittel zur Erfüllung dieser Aufgaben, die zum Teil auch in diesen Politikbereich fallen, zur Verfügung gestellt. Dafür danke ich Ihnen, dem Hohen Haus, sehr. Doch wir brauchen mehr als ein einmaliges Signal: Wir brauchen einen dauerhaften Aufwuchs, um den gesamten Förderbereich zukunftsorientiert aufzustellen. Dafür setze ich mich natürlich auch in den fortlaufenden Haushaltsberatungen ein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ebenso – auch das ist mir wichtig – setze ich mich für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung ein. Am 1. April – das war ja erst vor kurzem – hat die promovierte Historikerin Gundula Bavendamm ihr Amt als neue Direktorin angetreten. Ich bin mir sicher, dass sie als durchsetzungsstarke, erfahrene und erfolgreiche Museumsmanagerin das Know-how mitbringt, um den weiteren Ausbau des für uns so wichtigen Ausstellungs-, Informations- und Dokumentationszentrums mit der notwendigen Überzeugungskraft engagiert und zügig voranzutreiben. Die Kollegin Lotze hat bei ihrer Vorstellung gesagt: Die lässt sich die Butter nicht vom Brot nehmen. – Ich glaube, das ist in diesem Bereich und bei dieser Aufgabe eine ganz wichtige Eigenschaft. Sie hat das Alliierten Museum hervorragend geleitet. Deshalb

freue ich mich, dass wir sie für diese wichtige Aufgabe gewinnen konnten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Meine Hoffnung ist, meine Damen und Herren, dass uns die deutschen Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung auch in besonderer Weise fähig machen zur Empathie mit Menschen, die heute hier bei uns in Deutschland Zuflucht suchen. Auch wenn man die Flucht aus Syrien, Irak oder Afghanistan heute aus vielerlei Gründen nicht direkt mit der Vertreibung aus Ostpreußen, Schlesien und Pommern vergleichen kann, so sind die Erfahrungen der „Reisenden auf einem Bein“, wie es Herta Müller ausgedrückt hat, heute wie damals vielfach ähnlich. Gerade die Auseinandersetzung mit dem deutschen Kulturerbe in Mittel- und Osteuropa kann sehr wohl helfen, nicht nur die Geschichte ganz Europas besser zu verstehen, sondern auch die Krisen und Konflikte, in deren Angesicht Europa sich heute in der Welt bewähren muss.

"Maßgeblichen Beitrag zum Zusammenhalt in Deutschland und in Europa leisten"

Es geht um Themen, die Deutschland und Europa heute mehr denn je beschäftigen: um Fragen des Zusammenlebens unterschiedlicher Kulturen, um Fragen der wechselseitigen Wahrnehmung und Anerkennung. Die Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz ist damit aktueller denn je. Mit ihrer Weiterentwicklung sorgen wir dafür, dass sie auch in Zukunft einen maßgeblichen Beitrag zum Zusammenhalt in Deutschland und in Europa leisten kann.

Für Ihre Mitarbeit und Hilfe sind wir Ihnen dankbar.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert: Die Kollegin Sigrid Hupach hat nun für die Fraktion Die Linke das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)



Foto: Sigrid Hupach/ Stella von Saldern

Sigrid Hupach (DIE LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gegenstand dieser umfangreichen und zu

prominenter Zeit angesetzten Debatte ist ein dünnes Papier der Bundesregierung. Unter der Überschrift: „Erinnerung bewahren – Brücken bauen – Zukunft gestalten“ wollen Sie die im Jahr 2000 verfasste Konzeption zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa weiterentwickeln. Ich bin gespannt, womit Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, diese Debatte füllen wollen. Mit dem unkonkreten Inhalt des vorliegenden Papiers kann Ihnen das eigentlich nicht gelingen.

Worin besteht der Fortschritt und worin die Weiterentwicklung? Zunächst einmal fallen einige Unterschiede auf. Im Titel ist nicht mehr nur von der „Erforschung“ und „Präsentation“ deutscher Kultur und Geschichte die Rede, sondern außerdem von „Bewahrung“ und „Vermittlung“. Im Unterschied zur Konzeption aus dem Jahr 2000 tauchen Begriffe wie „transnational“, „multikulturell“, „multireligiös“ und „multiethnisch“ auf. Auch die kulturelle Vielfalt hat Eingang in die Konzeption gefunden. 2000 war das Stichwort „Vielfalt“ noch negativ belegt. Damals galt es nämlich – ich zitiere –, die „Vielfalt und Vielzahl vom Bund geförderter Einrichtungen“ zu reduzieren und regional neu zu strukturieren.

Auch findet sich in der Einleitung schon ein Verweis auf den historischen Kontext, in den Flucht und Vertreibung einzuordnen sind, nämlich das verbrecherische NS-Regime mit

seiner Expansions- und Vernichtungspolitik. Und etwas nebensächlich, aber immerhin, wird bei der Projektförderung auch die Erforschung und Vermittlung des jüdisch-deutschen Erbes im östlichen Europa genannt. Diese Änderungen waren längst überfällig.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Christoph Bergner [CDU/CSU]: Das ist aber nicht inhaltsleer!)

Allerdings muss sich nun noch erweisen, dass das nicht nur Worthülsen und leere Versprechungen bleiben. Angesichts der unkonkreten Ausführungen sind hier Zweifel mehr als angebracht. Ich glaube nicht, dass das alles ausreicht, um die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz wirklich weiterzuentwickeln und sie an die aktuellen Herausforderungen anzupassen.

"Diese Änderungen waren längst überfällig"

Sie wollen die Landsmannschaften und Organisationen der Heimatvertriebenen wieder verstärkt einbinden

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist auch richtig so!)

und erhoffen sich davon „zukunftsweisende Maßnahmen und Kooperationsoptionen“. Im Jahr 2000 wollten Sie eine Professionalisierung gerade durch eine Zurücknahme der Landsmannschaften erreichen. Nun sollen diese wieder gestärkt werden. Wenn man sich die letzten Tweets von Erika Steinbach in Erinnerung ruft, so fragt man sich wirklich, was mit dem – ich zitiere aus der Konzeption – „fortdauernden Beitrag zu einer gelingenden Integration, den der Bund der Vertriebenen ... und seine Landesverbände leisten“, gemeint sein soll. Ich finde, das ist bloß noch zynisch.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens sind Zweifel angebracht, weil Sie in Ihrem Papier ein rosarotes Bild von Europa zeichnen, das so gar nicht mit der aktuellen Situation übereinstimmt. Man darf doch nicht die Augen davor verschließen, dass wir es in Europa angesichts der aktuellen Flucht- und Migrationsbewegungen mit einer verheerenden Abschottungspolitik und mit einer erschreckenden, rückwärtsgewandten Renationalisierung zu tun haben. Der von Ihnen beschriebene Dialog seit 1953 hat ja offenbar gerade nicht dazu geführt, dass es gegenwärtig in Europa ein übergreifendes Verständnis für das Schicksal und das Leid von Geflüchteten gibt – abgesehen natürlich vom solidarischen Handeln vieler Einzelner.

(Dr. Christoph Bergner [CDU/CSU]: Wem machen Sie da jetzt den Vorwurf?)

– Hören Sie doch weiter zu. – Das hat auch damit zu tun, dass Flucht und Vertreibung durch das Bundesvertriebenengesetz immer noch national thematisiert werden.

Damit bin ich beim dritten Punkt: Das Bundesvertriebenengesetz ist über 60 Jahre alt, atmet den Geist seiner Entstehungszeit und geht eben vom Nationalen aus, von der deutschen Kultur und Geschichte. So zieht es sich eben auch durch die Kulturförderung nach § 96. Bis auf den bereits erwähnten Spiegelstrich zum jüdisch-deutschen Erbe unter dem Punkt „Projektförderung“ ist in der gesamten Konzeption an keiner Stelle von anderen Opfergruppen die Rede, insbesondere nicht von Sinti und Roma. Angesichts der europäischen Dimension von Flucht und Vertreibung im Zuge des Zweiten Weltkrieges ist das aber ein völlig überholter Ansatz.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion hat sich bereits vor zehn Jahren in der Enquete-Kommis-

sion „Kultur in Deutschland“ für ein Ende dieser speziellen Kulturförderung ausgesprochen. Gemeint ist damit nicht eine Einkassierung der bereitgestellten Mittel, sondern eine Eingliederung in die allgemeine Kulturförderung, sodass dieser Teil der deutschen, der europäischen Geschichte und Kultur als selbstverständlicher Teil der allgemeinen Arbeit der Institutionen definiert werden kann.

"Ende dieser speziellen Kulturförderung"

(Beifall bei der LINKEN)

Gerade auch in Osteuropa haben wir gut funktionierende Strukturen und Förderprogramme: vom Deutschen Akademischen Austauschdienst über die östlichen Partnerschaften, das Institut für Auslandsbeziehungen und die Goethe-Institute. Es gibt seitens des Bundes viele verschiedene, aber leider parallel verlaufende Ansätze. Wäre es nicht klug gewesen, dies alles in einer wirklichen Weiterentwicklung zusammenzubringen?

Warum haben Sie nach den Querelen um die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung und nach der Kritik an der Einführung des Vertriebenengedenktages nicht eine wirklich zukunftsweisende Idee entwickelt? Erst recht angesichts der globalen Herausforderungen durch aktuelle Migrationsbewegungen wäre das mehr als angebracht gewesen.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin überzeugt, dass in den aktuellen Bezügen das eigentliche Potenzial steckt, um auch bei denen, die nicht mehr zur Erlebnisgeneration gehören, Interesse an der Vergangenheit zu wecken und um Flucht und Vertreibung in einem viel größeren, allgemeineren Kontext zu thematisieren, als das in der nationalen Nabelschau je gelingen kann.

Die von Ihnen in der Konzeption genannten Herausforderungen für die Erinnerungskultur ohne Zeitzeugen und in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft sind keineswegs ein Spezifikum der Vertriebenen. Wenn Sie dafür wirklich zeitgemäße Ansätze suchen, dann empfehle ich Ihnen, sich Rat bei den NS-Gedenkstätten zu holen. Diese haben sich von Orten des Gedenkens immer stärker hin zu zeitgeschichtlichen Museen entwickelt. Neben Forschung und Bildung erfüllen sie auch weiterhin humanitäre Aufgaben und bemühen sich um den baulichen Erhalt der authentischen Orte. Ich habe meine Zweifel, ob die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung mit dem zukünftigen Deutschlandhaus eine vergleichbare zukunftsweisende Funktion zu erfüllen vermag.

"Keineswegs ein Spezifikum der Vertriebenen"

In der vorliegenden Konzeption wird der Stiftung eine Rolle für den grenzüberschreitenden Austausch und Dialog zugeschrieben. Vor acht Jahren ist die Stiftung gegründet worden, und im Ergebnis sind die Gräben bisher eher vertieft worden. Es hat gerade keine Versöhnung stattgefunden.

Vor vier Wochen hat Frau Dr. Baven-damm ihr Amt als Direktorin angetreten. Jetzt sollte man ihr erst einmal Zeit lassen, ihre Ideen zu entwickeln und vorzustellen.

(Dr. Bernd Fabritius [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Einige hoffnungsvolle Signale gab es bereits. Im Interview mit Deutschlandradio Kultur hat sie einen grundlegenden Richtungswechsel in der Stiftung angekündigt. Sie hat in diesem Gespräch erneut klargestellt, dass sie sich nicht als Dienstleisterin des Bundes der Vertriebenen versteht.

Dennoch: Die bisherigen Querelen um die Stiftung haben nicht nur etwas mit Personen zu tun, sondern sie hatten vor allem auch strukturelle Ursachen – bedingt durch den Stiftungsrat, der unserer Ansicht nach völlig falsch zusammengesetzt ist. In diesem hat der Bund der Vertriebenen fast ein Drittel aller Sitze inne,

(Dr. Bernd Fabritius [CDU/CSU]: Lernen Sie einmal rechnen!)

und aus dem parlamentarischen Raum ist die Opposition gar nicht vertreten. Wir halten das nach wie vor für ein falsches Signal.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hoffen sehr, dass es Frau Dr. Baven-damm gelingt, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler insbesondere aus Osteuropa zu finden, die die Stiftungsarbeit im Beraterkreis begleiten. Aus diesem Grunde möchte ich zum Schluss an einen weiteren Vorschlag der Linken erinnern, den wir damals in die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ eingebracht hatten: die Gründung von multinationalen Stiftungen nämlich, in denen neben Bund und Ländern auch die osteuropäischen Staaten und auch die Opfergruppen als gleichberechtigte Partner vertreten wären.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Stiftungen könnten in multi- und bilateralen Projekten das sozio-kulturelle Zusammenleben der deutschsprachigen Bewohner Osteuropas mit denen anderer Kultur und Sprache erforschen und im Kontext heutiger Probleme in Erinnerung halten. Ich finde, das ist auch heute, fast zehn Jahre später, noch ein bestechender und überzeugender Vorschlag. Schade, dass Sie es nicht gewagt haben, eine wirkliche Neukonzipierung anzugehen, und sich leider vor den aktuellen Herausforderungen wegduckten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert: Nächste Rednerin ist die Kollegin Jantz-Herrmann für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Foto: Frank Nürnberger

Christina Jantz-Herrmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs möchte

ich die Gelegenheit nutzen und herzliche Grüße und Genesungswünsche an meine liebe Kollegin Hiltrud Lotze aus unserem Haus übermitteln, die heute aus Krankheitsgründen leider nicht persönlich hier stehen kann.

(Beifall)

Sie hat sich in den vergangenen Monaten unermüdlich für das so wichtige Thema, über das wir heute reden, eingesetzt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In weniger als zehn Jahren feiern wir den 300. Geburtstag von Immanuel Kant. Sein Werk gehört zum Schwierigsten und Klügsten, was die Philosophie jemals hervorgebracht hat. Immanuel Kant hat auf Deutsch geschrieben. Er wurde in Königsberg geboren, dem heutigen Kaliningrad, einer Stadt, die einmal in Ostpreußen lag und heute zu Russland gehört. Immanuel Kant war Deutscher, aber in erster Linie war Immanuel Kant Europäer.

Was hat Kant mit der Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes zu tun, über dessen Weiterentwicklung wir heute hier debattieren? Nun, so wie Immanuel Kant und Königsberg sind auch andere Orte und Geschichten in den Regionen Osteuropas, in denen seit Jahrhunderten Deutsche leben, ein Erbe, mit dem sich alle dort lebenden Völker auseinandersetzen, dessen Geschichte zu-

nehmend angenommen, erforscht und weiterentwickelt wird. Kant gehört ebenso dazu, wie er zu unserer deutschen Geschichte gehört. Indem wir diese gemeinsame Vergangenheit aufarbeiten und miteinander darüber diskutieren, schaffen wir etwas sehr Wertvolles, und zwar ein gemeinsames europäisches Identitätsbewusstsein. Indem wir diese einzigartigen Kulturlandschaften, in denen Deutsche jahrhundertlang gelebt haben, im Sinne ihrer früheren und heutigen Bewohner bewahren, sie in Erinnerung rufen und das Erbe pflegen und weiterentwickeln, leisten wir einen wertvollen Beitrag für Europa insgesamt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/
CSU)

Und das genau ist die Aufgabe des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Förderung von Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ist eine Erfolgsgeschichte. Für dieses Thema interessieren sich nicht mehr nur die Betroffenen, die damals geflüchteten und vertriebenen Menschen, sondern der Interessentenkreis geht mittlerweile weit darüber hinaus. Schüler, Studierende, Wissenschaftler, auch Menschen ohne einen familiären Vertriebenenhintergrund fragen nach, interessieren sich genau für diese Geschichte, die wir zwar deutsch nennen, die aber vielmehr multikulturell, multiethnisch und multikonfessionell ist.

"All das muss uns im Gedächtnis bleiben"

Die derzeitige Fördergrundlage, die diese Erfolgsgeschichte mitbegründete, ist die sogenannte Konzeption 2000, die von der damaligen rot-grünen Bundesregierung im Jahr 2000 verabschiedet wurde. Die Konzeption setzt auf Professionalisierung, Regionalisierung und die Öffnung für eine europäische Ausrichtung der Förderung. All diese Ansätze haben sich

durchaus bewährt. Die Mitarbeiter in den geförderten Museen und wissenschaftlichen Instituten leisten eine hervorragende Arbeit. Gerade die wissenschaftliche Basis hat die Wege zu einer vertrauensvollen Zusammenarbeit vieler unterschiedlicher Partnerinstitutionen im östlichen Europa geebnet.

Aber seit dem Jahr 2000, in dem wir die Förderkonzeption geschrieben haben, hat sich einiges verändert. Europa hat sich verändert: 2004 sind alle drei baltischen Staaten, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, 2007 dann Rumänien und Bulgarien und 2013 auch Kroatien der EU beigetreten. Die Kulturförderung nach § 96 findet damit innerhalb der EU statt. Die Erzählung von deutscher Kultur und Geschichte im östlichen Europa muss in diesen neuen europäischen Kontext gebettet werden. Deswegen haben wir uns im Koalitionsvertrag gemeinsam mit der Union darauf verständigt, die Förderkonzeption des § 96 weiterzuentwickeln mit dem Ziel, die europäische Integration zu stärken.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Noch etwas hat sich in den mehr als 15 Jahren, die seit 2000 vergangen sind, verändert: die Zielgruppen, die wir mit der Konzeption ansprechen. Ich erwähnte es bereits: Das Interesse an der Thematik weist schon lange über den Kreis der eigentlich Betroffenen hinaus. Das ist ein großer Erfolg; denn überall in der geschichtlichen Aufarbeitung stehen wir vor der Herausforderung, dass die Erlebnisgeneration schwindet. Von denjenigen, die Heimatverlust und eine oftmals traumatische Flucht verarbeiten mussten, leben leider nur noch wenige.

Es sind die Landsmannschaften, die durch ihre erfolgreiche Arbeit, durch ihre Projekte viele Verbindungen in ihre Heimatregionen pflegen und aufrechterhalten und damit einen wichtigen Teil zum Erhalt und zur Bewahrung der deutschen Kultur in den Ländern Osteuropas leisten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Allein schon ihr Wissen, die Geschichten der Heimat und die Geschichte ihrer Flucht – all das muss uns im Gedächtnis bleiben. Das, was mündlich erzählt werden kann, muss lesbar werden und für die Zukunft bewahrt werden. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass dieser Teil unserer Geschichte in unseren Erinnerungskanon gehört, dass er gewürdigt und erinnert wird. Die geplante Dauerausstellung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung wird dies als einen elementaren Teil aufgreifen.

"Muss für die Zukunft bewahrt werden"

Es muss aber auch diejenigen geben, die sich für diese Geschichte interessieren, ohne sie miterlebt zu haben. Es liegt daher in unser aller Interesse, dass sich auch Menschen ohne Vertriebenenhintergrund für die deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa interessieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/
CSU)

Die Kulturförderung muss auch diese Menschen, vor allem auch die jungen Menschen, ermuntern, unsere Geschichte zu erforschen, auf Spurensuche zu gehen und unsere Verbindungen ins östliche Europa zu stärken.

Für uns ist die jetzt vorliegende Weiterentwicklung des § 96 Bundesvertriebenengesetz tragbar, jedoch nicht unbedingt überzeugend. Die Förderkonzeption hält an den Grundzügen der gewachsenen Förderstruktur fest. Weiterhin werden sechs Museen und vier Forschungseinrichtungen institutionell gefördert; gleichzeitig hat die Weiterentwicklung der Förderkonzeption den Anspruch, zukunftsweisende Maßnahmen und Kooperationsoptionen zu entwickeln.

Aber statt den Fokus zu weiten, verengt die vorliegende Konzeption den Blick dabei stark auf die Rolle der Landsmannschaften und den Bund der Vertriebenen. Um es nochmals deutlich zu sagen und nicht missverstanden zu werden: Die Perspektive der Vertriebenen und ihrer Nachkommen bleibt weiterhin von zentraler Bedeutung. Aber unser Ziel sollte doch auch sein, das Interesse von Menschen ohne persönlichen Vertriebenenhintergrund aufzunehmen.

"Förderung ist eine Erfolgsgeschichte"

Es ist ein Versäumnis der vorliegenden Konzeption, dass gerade bei der Ansprache der jüngeren Generation nur das Interesse bei den Nachkommen der Erlebnissgeneration von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung gesehen wird und dass explizit in der Förderkonzeption nur die Jugendorganisationen der Landsmannschaften als junge Interessengruppen genannt werden.

(Beifall der Abg. Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Verständlich ist der Blick zurück. Das Vergangene ist zu vergewissern, aber bei der Weiterentwicklung der Förderkonzeption sollte die Zukunft im Vordergrund stehen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Zielausrichtung sollte auch in Richtung Europa gehen. Eine richtungs- und zukunftsweisende Konzeption mit den Worten zu beginnen: „Unter großen Opfern haben bis zu 14 Millionen Deutsche als Vertriebene und Flüchtlinge ihre Heimat verlassen.“, wie im Entwurf des Hauses BKM zunächst vorgeschlagen, lenkt den Blick in die Vergangenheit.

Wir als SPD-Bundestagsfraktion begrüßen daher ausdrücklich, dass unsere Anmerkung aufgenommen wur-

de, den Grund für eine Weiterentwicklung, nämlich die verstärkte europäische Integration, an den Anfang zu stellen und damit das richtige Signal auszusenden.

(Beifall bei der SPD)

Damit wird keinesfalls das große Leid negiert, das insbesondere die deutschen Vertriebenen und Flüchtlinge gegen und nach Ende des Zweiten Weltkriegs tragen mussten.

Neben der leider starken Fokussierung auf eine bestimmte Interessengruppe beinhaltet das Papier aber besonders in den Fördergrundsätzen gute Punkte, wie wir finden. So muss die Erforschung und Vermittlung des jüdisch-deutschen Erbes im östlichen Europa in die Förderkonzeption aufgenommen werden – ein längst fälliger Schritt.

Auch zeitgemäße mediale Vermittlungs- und Arbeitsformen – ich nenne dabei das Stichwort „Social Media“ – sind nun Kriterien der Förderung. Wichtig für die SPD ist, dass die exzellente wissenschaftliche Basis mit der Weiterentwicklung bestehen bleibt und weiter ausgebaut wird. Genau das ist hierbei der Fall.

Es wäre aber auch möglich gewesen, das große Potenzial, das in der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz steckt, mit einer Weiterentwicklung noch stärker auszuschöpfen, die breite Öffentlichkeit anzusprechen und dieses interessante Themenfeld für viele Interessierte, ob nun mit oder ohne Vertriebenenhintergrund, zu stärken. Das Interesse ist da.

Bei der handwerklich guten Förderkonzeption – –

Präsident Dr. Norbert Lammert: Frau Kollegin, Sie müssen allmählich – –

Christina Jantz-Herrmann (SPD): Das mache ich gerne. Ich bin beim letzten Satz, Herr Präsident.

Präsident Dr. Norbert Lammert: Das tut mir leid. Wenn ich das geahnt hätte, hätte ich das andächtig abgewartet.

(Heiterkeit)

Christina Jantz-Herrmann (SPD): Bei der handwerklich guten Förderkonzeption hätten wir uns mehr Mut seitens der BKM gewünscht.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert: Die Kollegin Schauws erhält nun das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In den letzten Monaten und Wochen ha-



Foto: Ulle Schauws / Stefan Kaminski

ben wir viel über das Thema Flucht gesprochen und in diesem Zusammenhang auch über den Stand der europäischen Integration – gerade gestern im Plenum

aufgrund unseres grünen Antrags zum Flüchtlingsschutz und zur fairen Verantwortungsteilung in einer geeinten Europäischen Union.

"Dass die Europäerinnen und Europäer zueinanderfinden"

Die Flüchtlingsfrage droht die EU zu spalten. Rechtspopulisten und -extremisten befinden sich fast überall auf dem Vormarsch, und die Frage, für welche gemeinsamen Werte die Europäische Union derzeit zusammensteht, wird heftig diskutiert.

In diesem Kontext sprechen wir heute erneut über die Förderung der Kultur-

arbeit nach § 96 Bundesvertriebenen-gesetz und seine zukünftige Weiterentwicklung. Es wäre eine gute Chance, um in der Praxis ein altes Gesetz neu aufzustellen. Sie als Bundesregierung hätten jetzt die Chance, eine moderne und zukunfts-gewandte Bundesvertriebenenarbeit zu konzipieren. Leider ist davon aber hier wenig zu spüren. Im Vorwort ist zunächst die Rede davon, Erinnerung zu bewahren, Brücken zu bauen und Zukunft zu gestalten – hehre und wichtige Ziele. Aber wenn man dann einmal genauer schaut, wie Sie das ausfüllen, sieht man, dass es in der Neukonzeption leider wenig Konkretes und leider noch weniger Zukunftsgewandtes gibt.

"Kleiner Hoffnungsschimmer auf eine Besserung"

Ich fange einmal mit dem ersten Ziel an: Erinnerung bewahren. Es ist natürlich und selbstverständlich, an das millionenfache Leid und Schicksal von 12 Millionen Vertriebenen hierzulande zu erinnern. Flucht, Gewalt und Ausgrenzung und der tägliche Kampf ums Überleben, all das gehört zu den Erfahrungen vieler deutscher Familien. Ihre Geschichten sind natürlich Teil der deutschen Erinnerungskultur. Aber wir können nicht über ihr Schicksal sprechen, ohne dabei den historischen Kontext zu thematisieren, den Kontext von nationalsozialistischem Terror, Krieg und Befreiung. Dieser wichtige Grundsatz ist aber leider bei der Gründung der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung lange verleugnet worden.

(Dr. Bernd Fabritius [CDU/CSU]: Das stimmt nicht!)

Man hatte leider den Eindruck, als solle hier vor allem ein sichtbares Zeichen für die Opferrolle der Deutschen entstehen. Wir Grüne haben das immer kritisiert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Petra Sitte [DIE LINKE])

Seit März gibt es nun mit Gundula Barendamm endlich eine neue Direktorin nach vielen Jahren der Skandale, Rücktritte sowie heftiger Kritik aus dem Ausland. Es besteht nun auch nach Aussage der Bundesregierung für zentrale erinnerungspolitische Vorhaben ein kleiner Hoffnungsschimmer auf eine Besserung. Damit dieser Hoffnungsschimmer nicht gleich wieder erlischt, braucht es jetzt die schon lange angemahnte Neuzusammensetzung des Stiftungsrates; die Kollegin hat es eben angesprochen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE])

Alle Gruppen, die von Flucht und Vertreibung betroffen sind, sollten hier vertreten sein, also auch der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und Vertreterinnen und Vertreter von Migrantinnen- und Flüchtlingsorganisationen. Dieser Schritt ist längst überfällig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE])

Dieser Schritt ist auch ein wichtiges Signal ins Ausland. Denn ohne ernstgemeinte Veränderungen werden keine internationalen Mitglieder für den wissenschaftlichen Beraterkreis zu gewinnen sein. Zu groß ist inzwischen das Misstrauen gegenüber der Stiftung und auch gegenüber dem Handeln der Bundesregierung. Hier muss verlorengegangenes Vertrauen wiederhergestellt werden. Darum: Werden Sie hier endlich tätig!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Nicht zuletzt braucht die Stiftung vor allem einen ernstgemeinten inhaltlichen Neuanfang. An die Geschichte der deutschen Vertriebenen kann nur im europäischen Kontext und in Bezug auf aktuelle Flucht und Vertrei-

bung angemessen erinnert werden. Vielversprechend klingt daher zunächst das Ziel, Brücken bauen zu wollen und die europäische Integration zu fördern. Aber im Schlusswort tauchen plötzlich Begriffe wie eigene kulturelle Selbstvergewisserung auf, und es ist vom „Anderen“ die Rede. Interkulturelle Zusammenarbeit und Förderung der europäischen Integration sieht meiner Meinung nach anders aus. Es kann bei so einer Institution doch nicht darum gehen, dass die Deutschen zu sich selber finden, sondern darum, dass die Europäerinnen und Europäer zueinanderfinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wer wirklich einen Beitrag zur europäischen Integration leisten will, muss verstärkt Kooperationen fördern und Austausch auf Augenhöhe ermöglichen. Da passiert aus meiner Sicht viel zu wenig. Er muss auch darauf aufmerksam machen, dass Europa sich schon immer durch Migration und kulturelle Vielfalt ausgezeichnet hat. Das gilt auch für Osteuropa. Hier kann und sollte die Arbeit im Rahmen des Bundesvertriebenenengesetzes verstärkt anknüpfen.

"Kooperationen fördern und Austausch auf Augenhöhe ermöglichen"

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte damit zum letzten Ziel der Neukonzeption übergehen: Zukunft gestalten. Gerade jetzt, wo fast überall in Europa Ressentiments gegenüber Migrantinnen und Migranten und Geflüchteten zunehmen und Rechtspopulisten und -extremisten auf dem Vormarsch sind, ist das eine umso wichtigere Aufgabe. Hier sollte unserer Ansicht nach gemeinsam mit den Partnern in Osteuropa durch die Auseinandersetzung über die Ursachen

und Folgen des Nationalsozialismus für gesellschaftliche Ausgrenzung und Vertreibung sensibilisiert werden. Das kann letztlich auch dazu beitragen, das Bewusstsein für aktuelle rechtsextreme Hetze und antidemokratische Entwicklungen zu schärfen. Das heißt mit Blick auf das Bundesvertriebenengesetz, auch Vorschläge zu machen, wie vor allem junge Menschen zukünftig besser einbezogen und erreicht werden können. Hier bleiben Sie als Bundesregierung Antworten schuldig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Tatsache, dass in den letzten Monaten Hunderttausende Menschen neu bei uns in Deutschland angekommen sind, und angesichts der Tatsache, dass unsere Gesellschaft schon längst, spätestens seit der sogenannten Gastarbeiterzeit, vielfältiger geworden ist, stellt sich mir mit Blick auf unsere aktuelle Erinnerungspolitik in Deutschland nicht nur die Frage, wie wir in Zusammenarbeit mit den östlichen Partnerinnen und Partnern zu einem interkulturellen Erinnern kommen, sondern auch, was eine zunehmend vielfältiger werdende Gesellschaft für unsere offizielle Erinnerungskultur in Deutschland bedeutet. Denn Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchtete, die nach Deutschland kommen, bringen ihre eigenen Erfahrungen und Geschichten mit. Damit steht die bisherige Erinnerungskultur in Deutschland vor der längst überfälligen Aufgabe, aus den verschiedenen Perspektiven und Erzählungen endlich gemeinsame Leitbilder und Geschichten des Erinnerns zu entwickeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

In der öffentlichen Debatte spielen die individuellen Erinnerungen und Geschichten von Migrantinnen und Migranten nach wie vor kaum eine Rolle. Die Shoah ist und bleibt der zentrale Bezugspunkt der Erinnerungskultur in Deutschland. Hier, lie-

be Kolleginnen und Kollegen, sehe ich wichtige Aufgaben und Herausforderungen für die aktuelle und zukünftige Erinnerungspolitik. Diese gilt es jetzt anzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert: Das Wort erhält Christoph Bergner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!



Foto: CDU/CSU-Fraktion

ren! Wer sich mit der Entwicklung und Geschichte des Bundesvertriebenengesetzes beschäftigt, wird mitbekommen, dass diese Geschichte, die über 60 Jahre umfasst, durch ständige Modernisierungen, Novellierungen und Anpassungen an veränderte Verhältnisse gekennzeichnet ist. Ich erinnere an die Novellierungen, die mit dem Fall des Eisernen Vorhangs zusammenhängen und zu einer Neuordnung der Aussiedleraufnahme geführt haben. Ich erinnere auch an Anpassungen, die im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt unserer östlichen Nachbarn geschehen sind.

"Von unmittelbarer Kriegsfolgenbewältigung"

Dabei hat sich das Bundesvertriebenrecht von einem Recht der unmittelbaren Kriegsfolgenbewältigung immer mehr zu einem Recht, das Beiträge zur nachhaltigen Friedenskonsolidierung leistet, gewandelt. Die vorgelegte Weiterent-

wicklung der Konzeption der Beauftragten für Kultur und Medien steht in genau diesem Kontext der Entwicklung: von unmittelbarer Kriegsfolgenbewältigung zu nachhaltiger Friedenskonsolidierung im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Neben die Verarbeitung des Kulturbruchs nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch Flucht und Vertreibung, neben die Herausforderungen, die seinerzeit geprägt waren durch die Rettung unmittelbar, akut gefährdeter Kulturgüter und die Notwendigkeit einer empathischen Erinnerungskultur für Vertriebene, neben diese Grundsätze, die nach wie vor Bedeutung haben, tritt immer mehr der Beitrag der deutschen Kultur im östlichen Europa zu einem gesamteuropäisch zu verstehenden kulturellen Erbe. Dies kommt, meine Damen und Herren, in der vorliegenden Konzeption überzeugend zum Ausdruck.

(Beifall bei der CDU/CSU)

"Zu nachhaltiger Friedenskonsolidierung"

Sie verbindet die national-kulturellen Traditionen im Sinne eines gemeinsamen, nationenübergreifenden europäischen Kulturverständnisses. Nirgends ist mir das in jüngerer Zeit so deutlich geworden wie beim Besuch des Breslauer Oberbürgermeisters, der im Unterausschuss für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik über die Konzepte zum Programm des Kulturhauptstadtjahres berichtete. An den Ausführungen des Oberbürgermeisters ist klar geworden, dass die deutschen kulturellen Prägungen seiner Stadt zu einem europäischen Markenzeichen der Gegenwart geworden sind und wie wertvoll für ihn die Kombination aus deutscher Geschichte und deutschen Prägungen der Vergangenheit und dem europäischen Verständnis der Gegenwart ist.

In Erwiderung auf Frau Hupach möchte ich sagen: Wer anderes als die Deutschen selbst soll denn für die Pflege des deutschen Beitrages zu einem europäischen Kulturprojekt Verantwortung tragen? Niemand wird erwarten, dass wir das deutsche Kulturerbe gewissermaßen in die Hand von Polen und anderen zur Betreuung geben. Dann sollten wir uns auch darüber freuen, dass ein polnischer Oberbürgermeister unsere Kooperation bei der gemeinsamen europäischen Kulturpflege verlangt und fordert, und dafür bietet das Konzept sehr gute Voraussetzungen.

"Chance, kulturelle Nachbarschaft zu gestalten"

(Beifall bei der CDU/CSU – Sigrid Hupach [DIE LINKE]: Besser mal zuhören! Das war nicht meine Kritik!)

Ich hoffe, dass das Konzept auch dazu beitragen kann, zukünftige Herausforderungen zu bewältigen. Ich will nur ein Beispiel herausgreifen: Die Europäische Kommission und das Europaparlament haben 2018 zum Europäischen Kulturerbejahr ausgerufen. Unter dem Motto „Sharing Heritage“ sollen übergreifende, eine europäische Kulturidentität begründende Beispiele gesucht werden – insbesondere in der Bautradition. Ich bin mir sicher, dass Zeugnisse deutscher Kulturtradition im Osten wertvolle Beiträge dazu leisten können.

Als Beispiele nenne ich die Kirchenburgen in Siebenbürgen, den Kaschauer Dom in Kosice in der Slowakei mit seinem gotischen Turm – das östlichste gotische Bauwerk in Europa –, die Jahrhunderthalle in Breslau. Ich könnte diese Aufzählung fortführen, und ich möchte appellieren, dass auf der Basis des vorgelegten Konzeptes eine Beteiligung am Europäischen Kulturerbejahr in Erwägung gezogen wird.

Aber, meine Damen und Herren, die deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa gehen über die

Grenzen der EU hinaus. Ein Anliegen ist mir hier besonders wichtig: Wir dürfen die Kultur der russlanddeutschen Kolonisten und ihr Deportations- und Vertreibungsschicksal nicht vergessen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich bin froh, dass sich das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte im Konzept wiederfindet, und will nur darauf hinweisen, dass sich hier Begegnungsmöglichkeiten ergeben. Dies konnte ich gerade auch in der letzten Woche bei einem Besuch in Aserbaidschan wieder feststellen, als ich erlebte, dass dort – und zwar von der einheimischen Bevölkerung – Helenendorf und Annenfeld als deutsche Gründungen – die Deutschen sind 1941 deportiert worden – und die Schwabendorfer in der Gegend von Tiflis gepflegt werden und man zusammen die Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Ansiedlung der Deutschen im Kaukasus in den Jahren 2017 und 2018 vorbereitet, den man gemeinsam begehen will.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an ein Wort unseres früheren Außenministers Hans-Dietrich Genscher, das mir sehr wertvoll geworden ist und das ich leider nur aus dem Gedächtnis zitieren kann. Auf einem Forum mit kasachischen Teilnehmern sagte Hans-Dietrich Genscher: In unserer Gesellschaft sollten wir Nachbarn nicht allein darüber definieren, ob wir eine gemeinsame Grenze haben, und wir sollten unseren Begriff von Nachbarschaft nicht nur auf eine gemeinsame Grenze beziehen. – Unter Verweis auf die Russlanddeutschen in Kasachstan, die weitgehend Nachkommen von Deportierten waren, sagte er weiter: Der Umstand, dass in kasachischen Dörfern deutsche Familien neben kasachischen Familien gelebt haben, macht uns zu Nachbarn im Sinne einer kulturellen Nachbarschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Damit komme ich abschließend zu einem besonderen inhaltlichen Ansatz für diese Konzeption und für die Ar-

beit nach dem § 96 Bundesvertriebengesetz: Wir haben die Chance, kulturelle Nachbarschaft zu gestalten. Wir sollten nicht immer wieder alte Feindbilder pflegen, die mit Blick auf das Bundesvertriebenenrecht nie richtig waren, und den Eindruck erwecken, Frau Schauws und Frau Hupach, als würde diese Arbeit Keile in unsere europäische Nachbarschaft treiben. Stattdessen sollten wir nach Gemeinsamkeit suchen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das Wort hat der Kollege Matthias Schmidt für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Matthias Schmidt (Berlin) (SPD): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren



Foto: Matthias Schmidt/SPD

auf den Zuschauertribünen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus Erinnerung erwächst Verantwortung. Diese oft hergestellte Verknüpfung hat auch heute nicht an Bedeutung verloren. Dieser kurze Satz hat es in sich; denn er betrifft Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Der Auftrag, der damit verbunden ist, ist vielschichtig und groß, und er entwickelt sich weiter, von Generation zu Generation.

Bei der Frage nach der Erinnerung geht es um die Frage der Wurzeln: Wo kommen wir her? Welche Wege sind wir gegangen? Welche Spuren – man könnte auch sagen: welchen kulturellen Fußabdruck – haben wir hinterlassen? Diese Fragen betreffen oft Gruppen mit gleichen oder ähnlichen Erfahrungshorizonten und sind doch zugleich ganz und gar individuell.

Die uns vorliegende Konzeption will den Auftrag aus § 96 Bundesvertriebe-

nengesetz, dem sogenannten Kulturparagrafen, fortentwickeln, Erinnerung an die „deutsche Kultur und Geschichte im östlichen Europa“ bewahren, eine Geschichte, die viele Jahrhunderte zurückgeht. Millionen von Deutschen haben nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verloren. Sie mussten sich umorientieren und haben Leidvolles erfahren. Das dürfen und das wollen wir auch nicht vergessen.

"Im Bewusstsein um das Vergangene"

Zugleich sind wir gefordert, diesen Auftrag zur Bewahrung und Vermittlung von Erinnerung weiterzuentwickeln. Europa hat sich verändert, ist größer geworden und damit auch vielfältiger. Junge Menschen – eine wichtige Zielgruppe, Frau Kollegin Grütters, die Sie noch ergänzen können – suchen in diesem Europa nach Identität. Hier kann und sollte Kulturförderung einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass junge Menschen historische Entwicklungen nachzeichnen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollen verstehen, dass Geschichte viele Blickwinkel einnimmt und auch Leidensgeschichten in sich trägt. Wer seine Wurzeln kennt, kann sich im Leben besser verwirklichen.

Im Jahr 2000 hatte die rot-grüne Bundesregierung einen wichtigen Meilenstein dafür gelegt. Die Strukturen der Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz wurden systematisiert und fortentwickelt. Das war gut so und hat sich bewährt. Über die Berichte der Bundesregierung erfahren wir regelmäßig, dass die Museen, Forschungseinrichtungen, die Kulturinstitute und die vielen zivilgesellschaftlichen Akteure eine anspruchsvolle und großartige Arbeit leisten. Das verdient unser aller Respekt.

Nun hat sich die Große Koalition die Aufgabe gegeben, dieses Konzept mit dem Ziel verstärkter europäischer Integration weiter fortzuentwickeln

und damit auch weiterzudenken. Damit ist die Aufforderung verbunden, Strukturen zu hinterfragen, Prozesse zu beleuchten und Veränderungen anzupacken. Was das heißen kann, dazu gehen die Meinungen auch in diesem Haus durchaus auseinander. Vieles ist diskutabel. Bewegen müssen wir uns in jedem Fall.

Lassen Sie mich dazu einen Satz im Koalitionsvertrag aufgreifen, der die europäische Dimension für das Hier und Heute verdeutlicht: Die Koalitionsparteien stehen zur gesellschaftlichen wie historischen Aufarbeitung von Zwangsmigration, Flucht und Vertreibung.

Damit stehen wir ad hoc im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation. Dr. Bergner, Sie hatten die empathische Erinnerungskultur für die Vertriebenen genannt. Ich finde, wir müssen das zur Empathie für Flüchtlinge weiterentwickeln. Viele Menschen kommen zu uns und bereichern unseren Kulturschatz mit eigenen kulturellen Fußabdrücken. Auch sie werden sich irgendwann auf die Suche nach ihrer Identität begeben und dabei auch Fragen an uns richten. Wir müssen und wir wollen sie für die europäische Geschichte und damit auch für unsere Geschichte sensibilisieren. Diesen Blickwinkel müssen wir einnehmen, wenn wir den Auftrag „Erinnerung bewahren – Brücken bauen – Zukunft gestalten“ auf breitere Füße stellen.

"Empathie für Flüchtlinge weiterentwickeln"

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns – Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss – mutig sein, damit wir am Ende das erreichen, was Europa und auch Deutschland dringend brauchen: im Bewusstsein um das Vergangene eine gute Zukunft für alle zu gestalten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das Wort hat der Kollege Klaus Brähmig für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Klaus Brähmig (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Als die britische Königin Elizabeth II. aus Anlass ihres Staatsbesuches in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr auf



Foto: BY-SA

die engen Beziehungen des Vereinigten Königreichs zu Europa einging, verdeutlichte sie dies sinnbildlich an den schottischen Wurzeln eines Mannes aus Ostpreußen, eines Mannes, der, genau gesagt, aus Königsberg stammte und mit seinem Wirken Weltgeschichte geschrieben hat: Immanuel Kant. Die Rede der Königin macht eines deutlich: Kein Philosoph, kein Deutscher wird mit seinen Werken häufiger in Reden internationaler Staats- und Regierungschefs zitiert als eben Immanuel Kant, dessen Geburtstag sich im Jahr 2024 zum 300. Male jährt.

Was will ich damit sagen? Mit der heutigen Aussprache würdigt der Deutsche Bundestag zum wiederholten Male in einer Kernzeitdebatte den Kulturraum, dem der Ostpreuße Immanuel Kant entstammte. Es sind dies die früheren Ostgebiete des Deutschen Reiches und die historischen Siedlungsgebiete der Deutschen in Mittelost- und Südosteuropa. Als Kerngebiet der deutschen Geschichte und als Heimat von Millionen Deutscher und ihrer Vorfahren zählen diese Kulturlandschaften bis heute zum Urbestand unserer Kultur. Die bis heute dort lebenden Mitglieder der deutschen Minderheit sind augenfäl-

liges Beispiel dieser langen historischen Verbindung.

"Starkes Bekenntnis zur Bedeutung des § 96 BVFG"

Für unser Land, seine Geschichte und unser nationales Selbstverständnis sind diese geografischen Regionen und ihre Metropolen wie Königsberg, Breslau, Danzig, Stettin oder Thorn von zentraler Bedeutung. Es war nicht zuletzt der damalige Direktor des British Museum in London, Neil MacGregor, der in seiner international vielbeachteten Deutschland-Ausstellung zum Jahreswechsel 2014/2015 auf diesen bedeutenden Sachverhalt hingewiesen hat.

Die von der Bundesregierung nun vorgelegte Konzeption zur Weiterentwicklung und Pflege der Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa ist ein richtungsweisendes Dokument; denn sie legt ein starkes Bekenntnis zur essenziellen Bedeutung dieses Kulturbereiches ab. So wird die Kulturförderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz zu Recht als „Beitrag zur kulturellen Identität Deutschlands und Europas“ gekennzeichnet. Die neue Konzeption stellt die ostdeutsche Kulturarbeit wieder in einen angemessenen historischen Rahmen und erkennt die bleibende Aktualität des Themas „Flucht und Vertreibung“ an. Sie würdigt den Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sowohl zum Wiederaufbau nach dem Krieg als auch zur Kulturarbeit seit über 65 Jahren. Darüber hinaus nimmt sie die deutschen Minderheiten im Ausland anerkennend in den Blick. Relevante Akteure des Kulturbereichs, wie beispielsweise in der jüngsten Kulturpolitischen Korrespondenz kommentiert, stimmen dieser Bewertung zu.

Die Konzeption der Bundesregierung ist mit dem Zusatz „Erinnerung bewahren – Brücken bauen – Zukunft gestalten“ untertitelt. In diesem Zusammenhang ist es von größter Be-

deutung, dass die Konzeption auch die Rolle und das fortbestehende grenzüberschreitende Engagement der deutschen Heimatvertriebenen würdigt, die unter großen Verlusten ihre Heimat verlassen mussten.

Auch die heutige Relevanz des Themas in der deutschen Gesellschaft, in der „gut jeder vierte Deutsche einen persönlichen oder familiären Bezug zu den deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen sieht“, bleibt nicht unerwähnt. Aus diesem Grunde ist es richtig, von einer grundlegenden qualitativen Verbesserung zu sprechen, die der Bundesregierung mit dieser Weiterentwicklung der Förderkonzeption aus dem Jahr 2000 gelungen ist. Das klare Bekenntnis, dass der Förderauftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz nicht mit dem Erlöschen der Erlebnisgeneration endet, sondern eine zukunftsweisende Bedeutung entfaltet, verstärkt die positive Zielrichtung der Konzeption.

"Ostdeutsches Kulturgut darf nicht verloren gehen"

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Kulturbereich steht in vielen Fällen aber auch vor wichtigen Weichenstellungen. Dies gilt auch in finanzieller Hinsicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, viele Mitglieder der deutschen Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung, die sich bis in die Gegenwart in zutiefst anerkannter ehrenamtlicher Weise um das Andenken an die verlorene Heimat verdient gemacht haben, möchten ihr Engagement nun in jüngere Hände legen. Hierbei müssen wir vonseiten der Politik die notwendige Hilfestellung geben. Vor allem muss unter allen Umständen vermieden werden, dass durch mangelnde Sensibilität in der Gegenwart Teile des unter schwierigsten Bedingungen geretteten und anschließend über mehr als 70 Jahre bewahrten ostdeutschen Kulturguts verloren

gehen. Originalobjekte aus dem historischen deutschen Osten sind nicht reproduzierbar. Die heute debattierte Konzeption erkennt diese wichtige Aufgabe an.

Ein hervorragendes Beispiel dafür, wie deutsches Kulturerbe dauerhaft für die uns nachfolgenden Generationen gesichert werden kann, ist die vor wenigen Wochen vertraglich vereinbarte Überführung der Bestände des Museums Stadt Königsberg aus Duisburg in das Ostpreußische Landesmuseum Lüneburg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auf diese Weise werden die weltweit größte Einzelsammlung zu Immanuel Kant und bedeutende Bestände zur ebenfalls aus Königsberg stammenden Malerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz zusammenhängend erhalten. Mittels der Sammlung des Ostpreußischen Landesmuseums und der Überlieferung zur früheren Provinzhauptstadt Königsberg wird es künftig möglich sein, die Bestände in ihrem geschichtlichen und geografischen Kontext zu präsentieren. Dies ist von allergrößter Bedeutung. Allein die geschichtliche Tatsache, dass Immanuel Kant seine Heimatstadt und die sie umgebende Provinz zeitlebens nie verlassen hat, macht eines deutlich: Ein wirkliches Verständnis Kants ohne die Berücksichtigung der ihn umgebenden und prägenden Kulturlandschaft Ostpreußens muss unvollständig bleiben. Diese umfassende Einbettung wird künftig in Lüneburg möglich sein. Ich lade übrigens alle Kollegen herzlich ein, Ostpreußen einmal zu besuchen. Es ist immer eine Reise wert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Es gilt nun, den Bund und das Land Niedersachsen dafür zu gewinnen, mittels einer baulichen Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums um einen dritten Bauabschnitt die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies ist meines Erachtens alternativlos. Wie wenige andere Themen eignen sich die Kultur

und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa für eine intensive Zusammenarbeit mit unseren östlichen Nachbarn. So sollten wir beispielsweise den 300. Geburtstag von Immanuel Kant im Jahre 2024 nutzen, um mittels der Brückenfunktion des nördlichen Ostpreußens den kulturellen Dialog mit Russland im Rahmen einer Kant-Dekade zu intensivieren. Die gemeinsame Wertschätzung des Lebens und Wirkens Kants, aber auch der deutschen Geschichte in der heutigen Oblast Kaliningrad ist ein Themenfeld von größter deutsch-russischer Übereinstimmung. Diesen glücklichen Umstand dürfen wir nicht ungenutzt verstreichen lassen.

"Klares Bekenntnis zur Konzeption der Stiftung"

Hochgeschätzte Zuhörer, lassen Sie mich abschließend etwas zur Zukunft der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung sagen: Mit der Wahl von Dr. Gundula Bavendamm zur neuen Direktorin und ihrem klaren Bekenntnis zur Stiftungskonzeption in ihrer heute gültigen Form hat dieses zentrale Erinnerungsvorhaben der Bundesregierung eine gute Zukunft vor sich. Indem die geplante Dauerausstellung ihren Schwerpunkt auf die Flucht und Vertreibung der Deutschen legen wird, wird die Einrichtung ihrem wichtigen Auftrag gerecht. Ein bedeutendes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte wird damit in der Hauptstadt Berlin präsent bleiben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau: Der Kollege Dietmar Nietan hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dietmar Nietan (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts dieser bitteren Ver-



Foto: SPD Parteivorstand / Susie Knoll / Florian Jaenicke

gangenheit müssen wir unsere Anstrengungen für eine bessere Zukunft vereinen. Wir müssen der Opfer gedenken und dafür sorgen, dass es die letzten waren. Jede Nation hat das selbstverständliche Recht, um sie zu trauern, und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Erinnerung und Trauer nicht missbraucht werden, um Europa erneut zu spalten. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschuldigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.

Die Europäer sollten alle Fälle von Umsiedlung, Flucht und Vertreibung, die sich im 20. Jahrhundert in Europa ereignet haben, gemeinsam neu bewerten und dokumentieren ...

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wir sind überzeugt davon, dass die Ergebnisse dieses europäischen Dialoges einen wichtigen Beitrag zur Vertiefung unseres gegenseitigen Verständnisses und zur Stärkung unserer Gemeinsamkeiten als Bürger Europas leisten werden.

So lautet die gemeinsame Erklärung von Bundespräsident Johannes Rau und dem polnischen Staatspräsidenten Aleksander Kwasniewski aus dem Jahr 2003. Ich finde, sie ist ein guter Rahmen für das, worum es in der heutigen Diskussion und bei der Weiterentwicklung und Umsetzung des § 96 Bundesvertriebenengesetz gehen muss.

Eigentlich weht dieser Geist schon im Gesetzestext. Wenn wir ihn uns genau anschauen, stellen wir fest, dass die Arbeit zur Sicherung des Kulturguts „in dem Bewusstsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes“ verrichtet werden soll. Sie merken an dieser Aufzählung im Gesetzestext,

dass es keine Priorisierung gibt, sondern alle Aspekte wichtig sind. Das ist der Punkt, über den wir diskutieren müssen: Wie sorgen wir dafür, dass durch Multiperspektivität und Pluralität sichergestellt wird, dass wir wirklich der gesamten Dimension der Erinnerung gerecht werden, und das auf eine Weise, dass sie einen Beitrag zur Gestaltung einer besseren Zukunft leistet, die nicht, wie Aleksander Kwasniewski und Johannes Rau gesagt haben, zu neuen Spaltungen und Missverständnissen führt? Das ist die zentrale Herausforderung.

Ich will noch einmal deutlich unterstreichen, was Christina Jantz-Herrmann gesagt hat. Es geht nicht darum, die Leistungen der Landsmannschaften auf irgendeine Weise zu diskreditieren oder kleinzureden. Wenn wir aber Heraushebungen, die interpretiert werden könnten als Bevorzugung einzelner Akteure, in den Mittelpunkt der Weiterentwicklung stellen, dann führt das zu Missverständnissen und Missperzeptionen, die nicht das Einigende, sondern das Trennende wieder nach oben spülen. Ich glaube, der zentrale europäische Ansatz ist das richtige Mittel und die richtige Antwort auf den aufkommenden Nationalismus in Europa und die Vereinnahmung der Geschichte durch nationalistische Kräfte.

"Leistungen der Landsmannschaften nicht diskreditieren oder kleinreden"

Ich will an dieser Stelle sagen, dass es mich mit großer Sorge erfüllt, dass zurzeit der polnische Kulturminister versucht, in die eigentlich schon fertige, mit internationalen Partnern entwickelte Konzeption des Danziger Museums für den Zweiten Weltkrieg einzugreifen, weil ihm die Multiperspektivität und Internationalität des Ansatzes nicht gefällt und er es gerne wieder in den Kontext eines nationalen, polnischen Erinnerns stellen will. Wenn wir uns solchen Tenden-

zen entgegenstellen, sind wir am glaubwürdigsten, wenn wir keinen Zweifel daran aufkommen lassen, dass unsere Weiterentwicklung der Konzeption multiperspektivisch, gleichberechtigt und plural ist sowie immer im Geiste der Versöhnung Europas zu sehen ist.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will an dieser Stelle deutlich sagen, dass sich viele noch immer engagieren, damit es in diese Richtung geht. Ich glaube, dass wir mit der neuen Direktorin Gundula Bavendamm eine gute Wahl getroffen haben. Ich bin der festen Überzeugung, dass sie ihre Arbeit sehr gut machen wird.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch der Kollegin Hiltrud Lotze – sie kann nicht anwesend sein – und Bernd Fabritius danken, der als neuer Präsident des BdV deutlich Akzente setzt, die dazu geeignet sind, nach vorne zu schauen und zu versöhnen. Bernd, dafür einen herzlichen persönlichen Dank!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich danke auch Markus Meckel, der nicht mehr Mitglied des Parlaments ist. Er hat mit vielen Intellektuellen, Geschichtswissenschaftlern und Politikern aus Mittel- und Osteuropa an diesem gemeinsamen Zeichen gearbeitet. Ich will noch einmal an seinen Aufruf aus dem Jahr 2003 erinnern, in dem es deutlich heißt: Wenn es in der Mitte Europas gelingt, in der Erarbeitung einer gemeinsamen Konzeption für ein Europäisches Zentrum gegen Vertreibungen und durch seine Errichtung uns gemeinsam dieser schwierigen Geschichte zu stellen, wäre dies ein wichtiges Zeichen der Aussöhnung und des gegenseitigen Verständnisses für ganz Europa.

In diesem Sinne möchte ich enden mit dem Schlusswort des Aufrufs aus dem Jahre 2003.

Vizepräsidentin Petra Pau: Kollege Nietan, auch wenn der Dank hier im Hause sicherlich breit getragen wird, heißt das nicht, dass Sie die Redezeit nun verdoppeln können.

Dietmar Nietan (SPD): Nein, das möchte ich nicht. Deshalb möchte ich mit folgendem Schlusssatz enden, Frau Präsidentin: Lasst uns diese Arbeit gemeinsamer Erinnerung beginnen und so miteinander an der Zukunft bauen!
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das Wort hat der Kollege Dr. Bernd Fabritius für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Bernd Fabritius (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bundesregierung informiert heute über die Weiterentwicklung einer Konzeption, die nicht mehr und nicht weniger leisten muss, als den vielleicht gefährdetsten Teil unserer Kultur zu sichern,



Foto: P. Baumgartl

weiterzuentwickeln und in die Zukunft zu tragen. Das ist eine Reichweite, die offenbar nicht jedem in diesem Raum bewusst ist. Ich kann es nur immer wieder deutlich betonen: Sicherung der Kultur der Deutschen aus den Siedlungsgebieten im östlichen Europa, die Pflege der immateriellen Werte, der Bräuche und Traditionen sowie des vielfältigen geistigen Wirkens als Teil des gesamtdeutschen kulturellen Erbes im Sinne des § 96 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle angeht und der wir in einer Verantwortung für kommende Generationen nachkommen müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dietmar Nietan [SPD])

Investitionen in Kulturpflege zählen mit zu den nachhaltigsten Investitio-

nen, die ich mir vorstellen kann. Gerade in dem sensiblen Bereich der Kulturpflege der deutschen Heimatvertriebenen, einer Menschengruppe, deren Erlebnisgeneration uns langsam, aber sicher verlässt und in welcher wir einen Erinnerungs- und einen Identitätstransfer schaffen müssen, sind Investitionen und Nachhaltigkeit unerlässlich. Wir dürfen diesen Bereich nicht kaputtsparen, wie das noch unter dem Vorwand einer Professionalisierung im Naumann'schen Konzept angelegt war und welches wir durch diese Konzeption endlich überwinden.

Die vorliegende Weiterentwicklung setzt wieder die richtigen Zeichen. Es geht um einen partizipativen Ansatz, der allen Aspekten einer lebendigen, zukunftsorientierten und professionellen Kulturarbeit Rechnung trägt, und es geht nicht um Heraushebung, sondern um Beseitigung eines weitestgehenden Ausschlusses, für den es keine Gründe gab. Dafür danke ich ausdrücklich der Bundesregierung und der für diesen Bereich verantwortlichen Kulturstaatsministerin Monika Grütters, die diese wichtige Weichenstellung umgesetzt hat.

"Weiterentwicklung setzt die richtigen Zeichen"

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dagmar Ziegler [SPD])

Ich freue mich besonders, dass die Selbstorganisationen der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler wieder stärker eingebunden werden und deren gute Arbeit, die – übrigens grenzüberschreitend – ausdrücklich auch in den Herkunftsgebieten, Frau Kollegin Hupach, Anerkennung erfährt, so weiter ermöglicht wird. Denn gerade sie sind wichtige Partner, wenn es um den Erhalt dieses kulturellen Schatzes geht. Wir dürfen sie mit dieser Arbeit nicht alleine lassen. Gerade deshalb gibt es § 96 BVFG mit einem klaren, verbindlichen gesetzgeberischen Auftrag.

"Kulturelles Erbe darf nicht verschwinden oder totgespart werden"

Mit der Weiterentwicklung der Konzeption werden wieder Kulturreferenzen für Regionen vorgesehen, die aus unerklärlichen Gründen vorher abgeschafft worden waren. Diese sind unerlässlich. Auch die Förderung einiger Museen wird verbessert, was ich nur begrüßen kann. Museen machen Kultur und Geschichte für jedermann greifbar und erfahrbar und sind so wichtige Eckpfeiler der Darstellung und Vermittlung dieser Inhalte.

Eines darf man nicht verkennen: Kulturarbeit und Erinnerungstransfer sind identitätsstiftend. Und vergessen wir nicht die Kultur in den Heimatgebieten. Hier haben der Zweite Weltkrieg und das folgende Unwesen der kommunistischen Herrschaft ihr Übriges geleistet. Siebenbürgen, um nur ein Beispiel zu nennen, wurde als Teil Rumäniens während des Kommunismus zu einer wirtschaftlich notleidenden Region, blieb aber unglaublich reich an Kultur, an Traditionen und an Bräuchen.

Hermannstadt, die wunderbare Stadt, in der ich aufwachsen durfte, wurde um 1147 gegründet; die erste urkundliche Erwähnung stammt aus dem

Jahr 1191. Dort entstand damals ein überwiegend moselfränkisch basierter Dialekt, eine Ausgleichsmundart, das Siebenbürgisch-Sächsisch. Wer versteht denn morgen noch, wenn ich sage: „Wo Kängd uch Hangd Paluckes werjen, do äs menj Himet Sieweberjen“? Auf Hochdeutsch: Wo Kind und Hund Paluckes würgen, ist meine Heimat Siebenbürgen. – Siebenbürgisch-Sächsisch ist eine der ältesten noch erhaltenen deutschen Siedlersprachen aus dem 12. Jahrhundert, die heute noch von etwa 200 000 überwiegend in Deutschland lebenden Personen gesprochen wird. Es wäre schön, wenn das so bliebe. Paluckes, ein einfacher, aber umso schmackhafterer Maisbrei, steht in der zitierten Redewendung übrigens als Metapher für eine von Wohlstand und Reichtum gelöste, unbedingte Liebe zu Heimat, zu Kultur und zu Traditionen. Diese dürfen wir nicht aufgeben.

Das Bewusstsein dieser Identität und die Rückkopplung zu den Heimatgebieten macht Heimatvertriebene und die heute in den Heimatregionen als deutsche Minderheit lebenden Heimatverbliebenen zu wichtigen Brückenbauern im Europa des 21. Jahrhunderts. Diese Verbindung gilt es zu fördern und auszubauen.

Lassen Sie mich abschließend zusammenfassen: Das kulturelle Erbe der deutschen Heimatvertriebenen gehört uns allen. Es darf nicht, in Kisten verpackt, in Archiven verschwinden oder totgespart werden. Es muss le-

bendig bleiben und unter Einbeziehung der Kultureinrichtungen der Heimatvertriebenen finanziell so ausgestattet und gefördert werden, dass es im grenzüberschreitenden Austausch mit unseren Partnern in Europa gesichert und zukunftsorientiert weiterentwickelt werden kann. Mit der aktuellen Konzeption leisten wir genau das.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau: Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache [18/7730](#) an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ein Exemplar des Berichts der Bundesregierung (Bundestags-Drucksache [18/7730](#)) finden Sie in der Anlage zu diesem Informationsdienst.

Dank für tschechische Initiativen im Jahr 2015

Tschechischer Botschafter Tomas Podivinski im Gespräch

In Fortsetzung ihrer Gespräche mit den in Deutschland akkreditierten Botschaftern aus den Ländern Mittelost- und Südosteuropas diskutierten Mitglieder der Gruppe mit dem Botschafter der Tschechischen Republik in Deutschland, Tomas Podivinski. Klaus Brähmig dankte im Namen der Gruppe für die im Jahre 2015 in Brünn und Prerau gezeigten Versöhnungsgesten der tschechischen Seite zur Vertreibung der Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gedenkveranstaltungen zum "Brünner Todesmarsch" vom 31. Mai 1945 und des "Massakers von Prerau" am 18./19. Juni 1945 seien würdige Gesten des



Foto: Steven Rösler

v.l.: Jan Hini, Bernd Fabritius, Klaus Brähmig, S.E. Tomáš Podivínský, Heiko Schmelzle, Stephan Mayer, Kurt J. Rossmannith

Erinnerns gewesen und richteten sich auf eine Versöhnung zwischen Tschechen und Deutschen. Botschafter Podivinsky dankte für die positive Würdigung dieser Gesten und berichtete mit Blick auf die Gegenwart von den

zahlreichen Einzelinitiativen zwischen Sudetendeutschen und tschechischen Staatsbürgern und deren Beitrag zu einem immer besseren Verhältnis zwischen beiden Gesellschaften. Um die Geschichte zu begreifen, sei es insbesondere notwendig, junge Menschen ohne direkten Bezug zur Vergangenheit zu informieren. Eine geeignete Darstellung der Geschichte in Schulbüchern sei dazu von großer Bedeutung. Es sei wichtig, das Thema der Sudetendeutschen in positiver Art und Weise in die Zukunft zu überführen.

Fraktionsvorstand für Themen der Gruppe sensibilisiert

Stellv. Fraktionsvorsitzender Michael Kretschmer im Dialog

Als stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag betreut Michael Kretschmer die Bereiche Kultur und Medien. Dadurch ist er im Hinblick auf die Bundesförderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz ein wichtiger Ansprechpartner der Gruppe. Vor dem Hintergrund seines Bundestagswahlkreises in Görlitz, der sich daraus ergebenden engen Verbindung zur Geschichte Schlesiens und den heute daraus erwachsenden engen deutsch-polnischen Beziehungen ist Michael Kretschmer den Themen der deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten eng verbunden. So erinnerte er an die Ent-



Foto: Steven Rösler

v.l.: Heiko Schmelzle, Michael Kretschmer, Klaus Brähmig, Heinrich Zertik

stehungsgeschichte des Schlesischen Museums zu Görlitz Anfang der 2000er Jahre. Es sei eine Selbstverständlichkeit, dass unter anderem diejenigen Bürgerinnen und Bürger, deren familiäre Wurzeln in den Gebieten des historischen deutschen Ostens lägen, eine fortgesetzte Beschäftigung mit den Themen wünsch-

ten. Der historische deutsche Ostenspiele für das nationale Selbstverständnis Deutschlands eine bedeutende Rolle. Aus diesem Grunde sei es richtig und wichtig, dass nun die im Koalitionsvertrag festgelegte Weiterentwicklung der Förderkonzeption gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz erfolge und das Themengebiet dieses "Kulturparagrafen" zukunftsweisend aufgestellt werde. Dabei seien der Ausbau der wissenschaftlichen Beschäftigung wie auch die verstärkte Digitalisierung von Beständen zentrale Aspekte.

Erinnerungskultur als zentrales Anliegen des Parlaments Bundestagspräsident Norbert Lammert besucht die Gruppe

Seit vielen Jahren ist der Präsident des Deutschen Bundestages, Norbert Lammert, den geschichtlichen und kulturellen Themen des historischen deutschen Ostens zugewandt. Die Beschäftigung mit dem Leben und Wirken des Königsberger Philosophen Immanu-

el Kant und die Beziehungen Lammerts zum bisherigen Museum Stadt Königsberg in Duisburg sind Beispiele dieses Engagements.

Vor diesem Hintergrund betonte der zweithöchste Repräsentant des Staates auch die Bedeutung der Erinnerungskultur in der Arbeit des Deut-



Foto: Steven Rösler

v.l.: Helmut Nowak, Eckhard Pols, Ute Bertram, Klaus Brähmig, Erika Steinbach, Norbert Lammert, Heinrich Zertik, Heiko Schmelzle, Stephan Mayer

schon Bundestages. Es gebe weltweit kein zweites Parlament, das Fragen der Erinnerungspolitik einen derart zentralen Raum einräume. Gedenkstunden des Deutschen Bundestages zählten heute – bis in die Reihen des Diplomatischen Corps hinein – zu den bestbesuchtesten Veranstaltungen des Parlaments. Mit Blick auf die

Dieses Engagement sei wichtig und Teil der gemeinsamen Überzeugungen zwischen ihm und der Gruppe.

Die Gruppe dankte Bundestagspräsident Lammert auch für dessen Engagement für Fragen der Aussiedler und Spätaussiedler in seinem nordrhein-westfälischen Wahlkreis in Bochum.

Förderung des deutschen Kulturerbes im östlichen Europa stellte Bundestagspräsident Lammert fest, es gebe wenige Staaten, die die Kulturarbeit außerhalb des eigenen Staatsgebiets auf regelmäßiger und institutioneller Weise durchführten, wie Deutschland es im Rahmen des § 96 Bundesvertriebenengesetz leiste.

Deutsch-Rumänische Beziehungen im Fokus

Neuer Botschafter Emil Hurezeanu stattet Antrittsbesuch ab

Als neuer Botschafter von Rumänien in Deutschland stattete Emil Hurezeanu der Gruppe seinen Antrittsbesuch ab und knüpfte dabei an die engen Beziehungen an, die schon zu seinen Vorgängern im Amte bestanden. Als langjähriger Journalist bei "Radio Freies Europa" in München erhielt er im Jahre 1983 politisches Asyl in Deutschland.

Aus diesem Grunde ist er ein wichtiger Zeitzeuge des demokratischen Wandels in Rumänien nach dem Zusammenbruch des Kommunismus und hat sich in besonderer Weise den engen bilateralen Beziehungen zwi-



Foto: Steven Rösler

v. l.: Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Anita Schäfer, Emil Hurezeanu, Bettina Kudla, Bernd Fabritius, Heiko Schmelzle

schen beiden Ländern verschrieben. Im Gespräch mit der Gruppe betonte der Botschafter die Bedeutung der deutschen Minderheit in Rumänien für das Land und seine Gesellschaft. Er würdigte das Engagement der

land. Der Verlust zahlreicher Mitglieder der deutschen Minderheit – vor allem in den Jahren nach 1990 – werde in der rumänischen Mehrheitsgesellschaft bis heute als Phantom-schmerz empfunden.

Gruppe, wozu die finanzielle Unterstützung des muttersprachlich deutschen Schulunterrichts in Rumänien zähle. Auch dankte er für die Förderung sozialer und caritativer Anliegen der deutschen Minderheit durch die Bundesrepublik Deutsch-

Historischer deutscher Osten in Bildung und Forschung Bundesministerin Johanna Wanka diskutiert mit der Gruppe

Zur Frage der Stärkung von Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa in den vom Bundesministerium für Bildung und Forschung betreuten Fachgebieten führte die Gruppe ein Gespräch mit Bundesministerin Johanna Wanka. Die kulturelle Förderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz liege

zwar grundsätzlich im Geschäftsbereich der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, allerdings seien insbesondere im Bereich der Forschungsförderung Möglichkeiten innerhalb ihres Hauses vorhanden. Vor allem sei es wichtig, bereits existierende Förderprogramme zu nutzen. So gingen beispielsweise bei der Deutschen For-



v.l.: Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Silke Launert, Johanna Wanka, Helmut Sauer, Heiko Schmelzle, Helmut Nowak, Klaus-Peter Schulze.

Foto: Steven Rösler

gramm "Sprache der Objekte". Hier wird in Kooperation zwischen Museen bzw. Sammlungen und der Wissenschaft ein interessantes Objekt erforscht und in den entsprechenden Kontext eingeordnet. Für die Museen sei es wichtig, sich entsprechend engagierte Partner in der Wissenschaft

suchungsgemeinschaft mit ihrem Etat von rund 2,7 Milliarden Euro noch immer zu wenig geisteswissenschaftliche Förderanträge ein.

Ein für den historischen deutschen Osten möglicherweise interessantes Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sei das Pro-

zu suchen, um materielle Kultur in den Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen einzuordnen. Im Themenfeld der Gruppe gebe es noch viel zu erforschen. Außerdem sei es eine fortwährende Aufgabe, die Leistungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge für Deutschland richtig einzuordnen.

Ostpreußisches Landesmuseum erweitert seine Aufgaben Direktor Joachim Mähnert informiert über aktuelle Entwicklungen

Als ältestes Landesmuseum im Förderbereich des § 96 Bundesvertriebenengesetz widmet sich das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg seit seiner Eröffnung im Jahre 1987 dieser bedeutenden Provinz des damaligen Deutschen Reiches. Im Gegensatz zu anderen Regionen des historischen deut-

schen Ostens steht das Ostpreußische Landesmuseum dabei vor der besonderen Herausforderung, dass sich seine Zielregion Ostpreußen heute auf dem Territorium dreier Staaten mit jeweils unterschiedlichen Sprachen



v.l.: Heiko Schmelzle, Stephan Mayer, Klaus Brähmig, Joachim Mähnert, Eckhard Pols, Heinrich Zertik, Bernd Fabritius

Foto: Steven Rösler

und Kulturen befindet. So findet eine geschichtliche Arbeit, die sowohl den polnischen, russischen als auch litauischen Teil Ostpreußens umfasst, nur in Deutschland statt. Direktor Joachim Mähnert informierte darüber hinaus über die unmittelbar vor dem

Gespräch erfolgte Einweihung des Erweiterungsbaus für die deutsch-baltische Abteilung des Museums sowie über die bevorstehende Integration der bedeutenden Bestände des bisher in Duisburg befindlichen Museums Stadt Königsberg. Die Gruppe bekräftigte erneut ihre Haltung, dass sie einen dritten baulichen Erweiterungsschritt am Standort des Museums für dringend geboten hält, um die bedeutenden Sammlungen zu Immanuel Kant, Käthe Kollwitz und Königsberg angemessen präsentieren zu können.

Umsetzung der Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter Bundesbeauftragter Hartmut Koschyk informiert die Gruppe

Mit der Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 12. November 2015, für die Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter Mittel in Höhe von 50 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, erfüllte sich eine langjährige Forderung von CDU und CSU. Dabei legte die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten besonderen Wert auf die Feststellung, dass nicht nur frühere Reichsdeutsche, sondern auch derjenige Personenkreis, der aufgrund seiner Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe aus den historischen Siedlungsgebieten in Mittelost- und Südosteuropa zur Zwangsarbeit herangezogen wur-



v.l.: Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Hartmut Koschyk, Klaus-Peter Schulze, Jörg Bentmann, Eckhard Pols, Manfred Michl, Manfred Behrens

de, von der Entschädigungsleistung profitieren soll. Die Richtlinie zur Umsetzung der Zwangsarbeiterentschädigung wird vom Bundesministerium des Innern erstellt. Aus diesem Grunde informierte der Bundes-

beauftragte für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, darüber, dass eine Umsetzung bis zur parlamentarischen Sommerpause 2016 geplant sei. Nähere Details könnten erst danach durch die Organe der Vertriebenen und deutschen Minderheiten veröffentlicht werden, da sich der Haushaltsausschuss eine Genehmigung der Richtlinie vorbehalten habe.

den Legislaturperiode zwei wichtige symbolische Erfolge erzielt worden. Hieran gelte es anzuknüpfen. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 sprach sich die Gruppe für ein inhaltliches Wahlprogramm aus, in dem erneut ein eigenes Kapitel für die Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten enthalten sein solle. Man werde in den kommenden Wochen und Monaten entsprechende Vorschläge unterbreiten. So sei insbesondere ein klares Bekenntnis der Unionsparteien zum Kulturbereich nach § 96 Bundesvertriebenengesetz bedeutend.

Große Bedeutung für das nationale Selbstverständnis Gruppe diskutiert mit den Generalsekretären Tauber und Scheuer

In der Fortsetzung ihres Gedankenaustauschs mit führenden Vertretern der Unionsparteien standen der Gruppe die Generalsekretäre von CDU und CSU, Peter Tauber und Andreas Scheuer, zu einem intensiven Gedankenaustausch zur Verfügung. Dabei betonte der Vorsitzende Klaus Brähmig die Bedeutung der Themen Vertriebene, Aussiedler



v.l.: Peter Beyer, Heinrich Zertik, Bernd Fabritius, Helmut Nowak, Klaus Brähmig, Peter Tauber, Andreas Scheuer, Heiko Schmelzle, Klaus-Peter Schulze, Volker Mosblech

und deutsche Minderheiten für das nationale Selbstverständnis Deutschlands. Das Engagement für diese wichtigen gesellschaftlichen Gruppen sei Teil der bürgerlich-wertkonservativen Grundüberzeugungen, die für die Unionsparteien seit jeher einen

bedeutenden Markenkern darstellten. Allerdings sei dieses Bekenntnis auch immer wieder durch Taten zu untermauern. Mit der politischen Durchsetzung des Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung und der Entschädigung ziviler deutscher Zwangsarbeiter seien in der laufen-

den Legislaturperiode zwei wichtige symbolische Erfolge erzielt worden. Hieran gelte es anzuknüpfen. Mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 sprach sich die Gruppe für ein inhaltliches Wahlprogramm aus, in dem erneut ein eigenes Kapitel für die Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten enthalten sein solle. Man werde in den kommenden Wochen und Monaten entsprechende Vorschläge unterbreiten. So sei insbesondere ein klares Bekenntnis der Unionsparteien zum Kulturbereich nach § 96 Bundesvertriebenengesetz bedeutend.

Landsmannschaft der Deutschen aus Russland berichtet Vorsitzender Waldemar Eisenbraun setzt Dialog mit Gruppe fort

Bei einem Gedankenaustausch der Gruppe mit dem Vorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun, der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Lilli Bischoff und dem Vorsitzenden des Sozialausschusses der Landsmannschaft, Adolf Braun, wurden aktuelle politische Fragestellungen erörtert.

Dabei wurde es als besonders wichtig erachtet, die in den deutschen Medien Anfang des Jahres 2016 publizierten politischen Meinungsäußerungen und Demonstrationen von Russlanddeutschen nicht automatisch und undifferenziert auf die gesamte Volksgruppe der Deutschen aus Russland



Foto: Steven Rösler

v.l.: Bernd Fabritius, Adolf Braun, Klaus Brähmig, Lilli Bischoff, Waldemar Eisenbraun, Heiko Schmelzle, Heinrich Zertik

zu übertragen. Eine pauschale Vermengung der Russlanddeutschen mit russischen Themen sei der falsche Weg, der zu Protesthaltungen bei den Betroffenen führen könne.

Habe man in der Vergangenheit eine oftmals nur gering ausgeprägte Präsenz der Spätaussiedler in der deutschen Öffentlichkeit erlebt, so sei dies

auch auf die weitgehend gelungene Integration in Deutschland zurückzuführen.

Im Zusammenhang mit der Situation in der Ostukraine sei es den Mitgliedern der Gemeinschaft sehr wichtig, ihren betroffenen Landsleuten zu helfen. Diesen Hilfes Gesichtspunkt teile auch die Landsmannschaft, verhalte sich aber ansonsten gegenüber Russland und der Ukraine neutral. Die auch von der Gruppe politisch seit

langem unterstützte Position eines eigenen Kulturreferenten für die Volksgruppe der Russlanddeutschen wurde ebenfalls angesprochen. Hier würde es die Landsmannschaft begrüßen, wenn diese Position bei ihrer Organisation angesiedelt werden könnte. Auch die Thematik des Fremdrechts fand Eingang in den Gedankenaustausch.

Sudentendeutsche Themen in Berlin diskutiert

Volksgruppen-Sprecher Bernd Posselt zu Gast bei der Gruppe

Wenige Tage nach dem für die sudetendeutsche Volksgruppe historischen "Sudetendeutschen Tag" 2016 in Nürnberg setzte ihr Sprecher, Bernd Posselt, seinen seit langem gepflegten Dialog mit der Gruppe fort. Mit dem Kultusminister der Tschechischen Republik, Daniel Herman, hatte im Jahre 2016 zum ersten Mal ein Vertreter der Regierung aus Prag in offizieller Funktion an dieser jährlichen Zusammenkunft der Sudetendeutschen teilgenommen. Dass Minister Herman in seiner viel beachteten und mit stehenden Ovationen bedachten Rede



Foto: Steven Rösler

v.l.: Klaus Brähmig, Hartmut Koschyk, Bernd Posselt, Heiko Schmelzle, Eckhard Pols

vom falschen Prinzip der Kollektivschuld gesprochen habe, in dem die Ursache für die Vertreibung der Deutschen aus Böhmen und Mähren zu finden sei, und er dieses Kollektivschuld-Prinzip verurteilt habe, wurde von den Vertretern der Gruppe als Schritt von historischer Bedeutung

angesehen. Minister Herman habe damit eine Wegmarke gesetzt, hinter die man von offizieller tschechischer Seite nicht mehr ohne Weiteres zurückgehen könne. Angesichts der zahlreichen positiven Beispiele zur Auseinandersetzung mit der jüngeren Vergangenheit, die aus der Tschechischen Republik kämen – man denke auch an das im Jahre 2016 wiederkehrende Gedenken an die Opfer des "Brünner Todesmarschs" – herrschte Einigkeit in der Überzeugung, am Prozess der schrittweisen Verständigung weiterzuarbeiten. Nur dieser Weg bringe dauerhaften Erfolg, da im Falle übertriebener Erwartungshaltungen Rückschläge nicht ausgeschlossen werden könnten.

Deutsche Minderheit in Polen setzt Präsenz in Berlin fort Bernard Gaida und Rafał Bartek informieren Abgeordnete

Der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen ist als Dachverband der deutschen Minderheit in unserem östlichen Nachbarland ein besonders wichtiger Ansprechpartner für die deutsche Politik. Aufgrund des Schwerpunkts der Minderheit in der Region rund um die oberschlesische Großstadt Oppeln ist daher auch die Sozial-Kulturelle Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien von besonderer Bedeutung. Aus diesem Grunde setzte die Gruppe ihren Gedankenaustausch mit den Vorsitzenden Bernard Gaida und Rafał Bartek fort. Dabei kam insbesondere das zurzeit schwierige innenpolitische Klima in Polen zur Sprache, das auch die deutsche Minderheit betrifft. Neben dem Ausbleiben von Erfolgen



Foto: Steven Rösler

v.l.: Heinrich Zertik, Klaus Brähmig, Bernard Gaida, Rafał Bartek, Helmut Sauer, Heiko Schmelzle, Helmut Nowak

in der Umsetzung einer Bildungsstrategie wurde insbesondere über die von der Stadt Oppeln geplanten Eingemeindungen umliegender Dörfer gesprochen. Da die deutsche Minderheit aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke in diesen Orten stark am politischen Prozess beteiligt ist, würde eine Verschmelzung mit der Großstadt Op-

peln zukünftig wichtige politische Gestaltungsmöglichkeiten einschränken. Interessant sei, dass auch die polnische Mehrheitsbevölkerung der betroffenen Ortschaften am Status quo festhalten möchte. Bei der anschließenden Besichtigung einer im Deutschen Bundestag gezeigten polnischen Ausstellung aus Anlass des 25. Jahrestages des deutsch-polnischen Nachbarschafts-

vertrags wurde insbesondere die darin anzutreffende Behauptung kritisiert, die polnische Regierung habe gegenüber der deutschen Minderheit in Polen bereits alle Verpflichtungen erfüllt. Hier seien auch künftig intensive Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen notwendig.

Vorsitzender der Jungen Union im Gespräch Paul Ziemiak informiert sich über Themen der Gruppe

Seit dem September 2014 ist Paul Ziemiak Bundesvorsitzender der Jungen Union. Im Jahre 1985 im polnischen Stettin geboren kamen er und seine Familie 1988 als Spätaussiedler nach Nordrhein-Westfalen. Vor dem Hintergrund seiner Familiengeschichte ist er mit den Themen der deutschen Heimatvertriebenen, der Spätaussiedler und der in den Herkunftsgebieten lebenden deutschen Minderheiten eng vertraut.

Die Spätaussiedler hätten sich gerade in der zweiten Generation sehr gut in Deutschland integriert und seien zugleich wichtige Brückenbauer in ihre Herkunftsländer, so Ziemiak. Auch aus familiärer Erfahrung wisse er, dass die deutschen Heimatvertriebe-

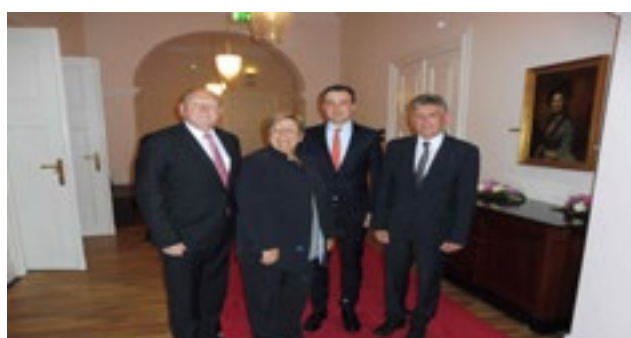


Foto: Steven Rösler

v.l.: Klaus Brähmig, Iris Ripsam, Paul Ziemiak, Manfred Behrens

nen bei der Integration in die neuen Lebensumstände nach dem Zweiten Weltkrieg eine enorme Integrationskraft bewiesen hätten. Nicht immer sei die Aufnahme in den weiter westlich gelegenen Gebieten Deutschlands freundschaftlich gewesen. Ähnliche Erfahrungen hätten später auch viele Spätaussiedler gemacht.

Was das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland angehe, so stehe die Forderung des östlichen Nachbarn nach einer Anerkennung einer polnischen Minderheit in Deutschland im Raume. Es herrschte Übereinstimmung, dass diesem Anliegen von deutscher Seite aus rechtlichen Gründen nicht nachgegeben werden könne.

In der Frage des Auslandswahlrechts zur kommenden Bundestagswahl, das gerade für die Mitglieder der deutschen Minderheiten vereinfacht werden müsse, bot Ziemiak die Unterstützung der Jungen Union an.

Langjährige Brückenbauer nach Oberschlesien Vorsitzender der Landsmannschaft Klaus Plaszczyk zu Gast

Als aktiver Akteur in den deutsch-polnischen Beziehungen leistet die Landsmannschaft der Oberschlesier seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag für die Gestaltung des Verhältnisses zu unserem östlichen Nachbarn.

Aus diesem Grunde setzte die Gruppe ihr Gespräch mit dem langjährigen Vorsitzenden Klaus Plaszczyk

fort, in dem es neben der Frage des Auslandswahlrechts auch um aktuelle Pläne zu einer Gebietsreform rund um die oberschlesische Metropole Opeln und deren Auswirkung auf die politische Partizipation der deutschen Minderheit ging. Auch die künftige Gestaltung der oberschlesischen Kulturarbeit wurde themati-



Foto: Steven Rösler

v.l.: Heinrich Zertik, Bernd Fabritius, Klaus Brähmig, Klaus Plaszczyk, Manfred Behrens, Klaus-Peter Schmelzle, Heiko Schmelzle

siert, die die Landsmannschaft aufgrund der besonderen Situation Oberschlesiens als größtes Zentrum der deutschen Minderheit in Polen vor besondere Aufgaben und Herausforderungen stellt. Hier dankte die Landsmannschaft den Mitgliedern der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

für ihren erfolgreichen Einsatz für die Aufnahme eines eigenständigen Kulturreferenten für Oberschlesien in die von der Bundesregierung vorgelegte Weiterentwicklung der Konzeption zum "Kulturparagrafen" 96 Bundesvertriebenengesetz. Im Hinblick auf die Bundestagswahl 2017 wurde dafür gewonnen, dass die deutsche Politik eine stärkere Präsenz bei der deutschen Minder-

heit zeige, vor allem durch Vorort-Besuche bei den Kreisgruppen. Der kontinuierliche Austausch mit der Basis der Heimatverbliebenen sei von großer symbolischer Bedeutung, so Plaszczyk. Hier sagte die Gruppe zu, ihr langjähriges Engagement in diesem Bereich fortzusetzen.

Bericht über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes in den Jahren 2013 und 2014

Debatte zur Unterrichtung durch die Bundesregierung am 18. Dezember 2015 im Deutschen Bundestag

Vizepräsidentin Petra Pau: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 24 auf:

Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über die Maßnahmen zur Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes in den Jahren 2013 und 2014

Drucksache [18/5598](#)

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Kultur und Medien (f)
Auswärtiger Ausschuss
Innenausschuss
Ausschuss für Tourismus

Ich bitte, die notwendigen Umgruppierungen so vorzunehmen, dass wir mit der Debatte fortfahren können. Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Christoph Bergner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)



Foto: CDU/CSU-Fraktion

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorab: Wir alle mögen unsere Staatsministerin Monika Grütters. Aber bevor die Sehnsucht nach

ihr den einen oder anderen zu einem Antrag auf Herbeizitierung verleiten könnte, will ich sagen: Sie muss im Moment im Bundesrat das Kulturgutschutzgesetz verteidigen. Ich glaube, das ist ein Punkt, den wir respektieren sollten.

Nun zum vorliegenden Bericht. Seit 1999 vergibt die Europäische Kommission den Titel Kulturhauptstadt Europas, und sie tut es nach der Osterweiterung der Europäischen Union unter bewusster Einbeziehung von namhaften Städten unserer östlichen Mitgliedstaaten. Ich darf einige Städte der letzten Jahre einmal aufzählen: 2007 Hermannstadt, Sibiu, in Rumänien, 2010 Fünfkirchen, Pecs, in Ungarn, 2011 Tallinn, Reval, in Estland, 2013 Kosice, Kaschau, in der Slowakei, Riga in Lettland letztes Jahr, Pilsen in Tschechien in diesem Jahr und Breslau in Polen im nächsten Jahr.

Meine Damen und Herren, warum erwähne ich diese Kulturhauptstädte Europas im Zusammenhang mit der Diskussion unseres Berichtes? Es sind alles Orte, deren reiche Geschichte ohne den Beitrag deutscher Kultur unverständlich und unvollständig geblieben wäre. Es sind heute Orte europäischer Kultur, deren Wert ohne den Beitrag der Deutschen im Rahmen der europäischen Siedlungsgeschichte nicht darstellbar wäre, seien es die Siebenbürger Sachsen, seien es die Karpatendeutschen, die Ungarndeutschen, die Baltendeutschen oder im nächsten Jahr mit Breslau die Schlesier.

§ 96 des Bundesvertriebenengesetzes enthält den Auftrag – ich zitiere –: das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewusstsein der Vertriebenen

und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes zu erhalten, ...

Wenn wir diesen Auftrag richtig verstehen wollen, so sollten wir uns klar sein: Es geht darum, dass wir unseren deutschen Beitrag zu einem gemeinsamen europäischen Kulturerbe pflegen.

Gerade das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen, der deutschstämmigen Aussiedler und der deutschen Volksgruppen im Osten hat oft genug eine Entstehungsgeschichte und eine Dimension, die ein allein national-kulturelles Verständnis überschreitet. Es leistet deshalb innerhalb der EU einen Beitrag zur Entwicklung eines kulturellen Identitätsbewusstseins, das sich immer weniger national und immer mehr europäisch versteht. Die Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz kann also einen Beitrag leisten, ein vorwiegend national bestimmtes Kultur- und Geschichtsverständnis durch ein europäisches Verständnis abzulösen.

"Deutschen Beitrag zu einem gemeinsamen europäischen Kulturerbe pflegen"

Ich muss in diesem Zusammenhang nicht daran erinnern, welche Abgrenzungen genau mit einem immer stärker national verbundenen Kulturverständnis einhergingen und wie aggressiver Nationalismus Europa in die kriegerischen Katastrophen des

20. Jahrhunderts stürzte. Die Kenntnis der in Jahrhunderten historisch gewachsenen kulturellen Verflechtungen in Europa, gerade in den deutschen Siedlungsgebieten im Osten, und die daraus resultierenden Gemeinsamkeiten sind ein kaum zu überschätzender Faktor der europäischen Integration.

Ich füge gern persönlich hinzu, dass ich es immer wieder für einen problematischen Irrtum halte, dass europäische Integration vor allen Dingen in der Gemeinsamkeit der Märkte und der Währung gesucht wird. Gemeinsamkeit, die ein kulturelles Identitätsbewusstsein schafft, aus dem auch ein europäisches Gemeinwohlverständnis abgeleitet werden kann, scheint mir in dem Zusammenhang wichtig. Unter diesem Gesichtspunkt müssen wir das Anliegen des § 96 BVFG sehen.

Teil der Politik der Kriegsfolgenbewältigung

Zu den Besonderheiten des vorliegenden Berichtes gehört, dass er – Zitat – „die Zeitmarke von 60 Jahren“ nach Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes umfasst. 2013, im 60. Jahr der Verabschiedung des Bundesvertriebenengesetzes, hat der Deutsche Bundestag eine Resolution beschlossen, in der es heißt – ich darf zitieren –:

Das Anliegen und die Leistungen des BVFG sind Teil der Politik der Kriegsfolgenbewältigung durch die Bundesrepublik Deutschland.

Kriegsfolgenbewältigung, das heißt die Aufarbeitung des Holocaust, der Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie des Zweiten Weltkrieges, war für den Deutschen Bundestag und sämtliche Bundesregierungen stets ein zentrales Anliegen. Kriegsfolgenbewältigung hat mehrere Aspekte. Von übergeordneter Bedeutung sind die Leistungen der Versöhnung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und der von Deutschland

ausgehenden Aggressionskriege. Daneben steht die Solidarität mit den Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ein besonders schweres Kriegsfolgenschicksal erlitten haben. Das Anliegen des § 96 BVFG liegt ganz wesentlich auch in der Aufarbeitung und im Gedenken der Leidensgeschichte der Deutschen, die in Reaktion auf die Verbrechen des Nationalsozialismus allein wegen ihrer Volkszugehörigkeit Vertreibung, Unterdrückung und Zwangsassimilation ausgesetzt waren.

Vizepräsidentin Petra Pau: Kollege Bergner, ich störe ungern, aber Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU): Ich bedauere das sehr. – Beide Aspekte scheinen mir für die Umsetzung des § 96 Bundesvertriebenengesetz und für das Verständnis des vorliegenden Berichtes wichtig. Mir ist es wichtig, zu sagen, dass es angesichts eines solchen zukunftsweisenden Anliegens bedauerlich war, dass in den Jahren 1998 bis 2005 die dafür erforderlichen Mittel gekürzt worden sind, und dass es erfreulich ist, dass sie nach 2005 regelmäßig ausgebaut wurden. Ich möchte Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest –

Vizepräsidentin Petra Pau: Klären Sie das mit den Redezeiten mit Ihrer Fraktion.

Dr. Christoph Bergner (CDU/CSU): – und ein gutes neues Jahr wünschen. Ich denke im Sinne des § 96 Bundesvertriebenengesetz in diesem Fall besonders an die Organisationen der deutschen Minderheiten im Osten, von Usbekistan über Rumänien bis hin zu anderen Ländern. Sie haben einen besonderen Weihnachtsgruß verdient. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das Wort hat die Kollegin Sigrig Hupach für die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)



Foto: Sigrig Hupach/ Stella von Saldern

Sigrig Hupach (DIE LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einer Zeit, in der das Thema „Flucht und Ver-

treibung“ von leidvoller Aktualität ist, sprechen wir heute über die Förderung der Kulturarbeit gemäß § 96 des Bundesvertriebenengesetzes. Das bietet die Chance, aus einem alten und an sich überholten Gesetz Lösungsansätze und Ideen für die Gegenwart zu entwickeln. Ohne Zweifel stehen die Kommunen aktuell vor großen Herausforderungen. Viele Menschen suchen bei uns Zuflucht. Sie müssen mit dem Nötigsten versorgt werden, ja, aber wir müssen ihnen auch mit Respekt begegnen. Menschenrechte gelten für alle, egal wo.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Heiko Schmelzle [CDU/CSU] und Martin Dörmann [SPD])

Ich möchte an dieser Stelle an die erfolgreiche Integration von 12 Millionen Menschen nach dem Ende der NS-Herrschaft erinnern und an die drei Millionen Spätaussiedler, deren Integration natürlich auch nicht konfliktfrei bewältigt wurde. Vor diesem Erfahrungshorizont aber muss es doch möglich sein, heute 1 Million geflüchtete Menschen würdevoll in unsere Gesellschaft aufzunehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Heiko Schmelzle [CDU/CSU]: Wo ist denn die Vergleichbarkeit?)

Dies wird aber nur gelingen, meine Damen und Herren, wenn wir unsere Erfahrungen von Integration und Wiederaufbau nach Ende des Zweiten Weltkrieges konstruktiv in die Gegenwart übertragen. Das Bundesvertriebenengesetz taugt dazu aber nicht. Zu sehr spricht aus ihm noch immer der Geist der damaligen Zeit. So wirkt auch der von Ihnen vorgelegte Bericht entsprechend befremdlich. Gleich unter Punkt 1 heißt es, dass die deutsche Kultur im östlichen Europa als

verbindendes Element für ein gemeinschaftliches Europa anzusehen ist. Wenn es ein über alle Grenzen hinweg verbindendes Element in Europa gibt, dann ist es doch die kulturelle Vielfalt,

(Dr. Christoph Bergner [CDU/CSU]: Was ist das jetzt? Ein Gegensatz?)

das interkulturelle Miteinander oder, so müsste man genauer sagen, die transkulturelle Verflechtung.

"Bezüge zu Flucht und Vertreibung aufnehmen"

Europa war nie geprägt durch ethnisch oder kulturell homogene Räume, sondern eben durch kulturelle Vielfalt. Das gilt auch für alle Gebiete Osteuropas. Erst die völkische, rassistische und nationalsozialistische Politik des 19. und 20. Jahrhunderts hat sie zu vermeintlich homogenen Räumen erklärt und durch ethnische Säuberungen und Vertreibungen zu unvorstellbarem Leid geführt. Betrachtet man die Geschichte dieser Regionen nicht mit der deutschen Brille, sondern als Geschichte transkultureller Verflechtungen, könnte man mit einer gesamteuropäischen Betrachtungsweise eine wirklich differenzierte Analyse der Geschichte Europas im 20. Jahrhundert anstellen, unter klarer Benennung der Ursachen, und dann könnte man für die verheerenden Folgen der Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Sprache oder ihrer Religion sensibilisieren, und man könnte das Bewusstsein schärfen für ausschließende Prozesse, die es auch heute gibt.

Die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung kann hierbei einen wesentlichen Beitrag leisten. Das geht aber nur, wenn die gegenwärtig bestehende Chance zu einem Neuanfang auch wirklich genutzt wird, wenn die bisherigen Probleme der Stiftung analysiert und auch öffentlich thematisiert werden. Der vorgelegte Bericht

schweigt sich dazu jedoch aus, obwohl im Berichtszeitraum der Gründungsdirektor entlassen wurde und es zu einem Eklat bei zwei Ausstellungen kam. Das verwundert vor allem, weil es in der letzten Zeit sehr wohl anderslautende Äußerungen vonseiten der Bundesregierung gab. Frau Staatsministerin Grütters stellte am vergangenen Sonntag im Interview im Deutschlandfunk fest, dass die Stiftung an der schwierigen Entstehungsgeschichte krankt. Das ist eine richtige, aber auch überfällige Erkenntnis. Ich hoffe sehr, dass Sie nun auch den Mut haben, daraus die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

(Dr. Bernd Fabritius [CDU/CSU]: Sie meinen aber Ihre destruktive Begleitung!)

– Okay. – Die Stiftung muss inhaltlich neu positioniert werden und die aktuellen Bezüge zu Flucht und Vertreibung aufnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Stiftungsgremien müssen anders zusammengesetzt werden, ohne die Übermacht des Bundes der Vertriebenen und unter Berücksichtigung aller im Bundestag vertretenen Fraktionen und vor allem unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen Organisationen, der Sinti und Roma sowie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Mittel- und Osteuropa.

(Beifall bei der LINKEN)

Die internationale Ausrichtung ist hier unerlässlich. Nur so kann die Stiftung wirklich der Versöhnung dienen, nur so kann die Stiftung das Thema im europäischen Kontext bearbeiten. Nutzen Sie also die Chance zum Neuanfang! Unsere Unterstützung haben Sie.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Stiftung ist ein gutes Beispiel für einen weiteren Gedanken, mit dem ich schließen möchte. Früher fiel die Stiftung unter die Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes,

seit 2008 aber ist sie beim Deutschen Historischen Museum angesiedelt. Damit ist schon der erste Schritt getan, für den sich die Linke schon in der Enquete-Kommission 2007 starkgemacht hat, nämlich für das Ende der speziellen Kulturförderung nach § 96 BVFG, für eine Eingliederung in die allgemeine Kulturförderung sowie für die Gründung von multinationalen Stiftungen, in denen neben Bund und Ländern auch die osteuropäischen Staaten und die Opfergruppen gleichberechtigte Partner wären. Wenn sich die Kulturförderung durch einen transkulturellen Ansatz und eine gesamteuropäische Betrachtungsweise auszeichnen würde, könnten wir einen wirklich nachhaltigen Beitrag zur europäischen Einheit in Vielfalt leisten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das Wort hat die Kollegin Hiltrud Lotze für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)



Foto: Lotze Hiltrud / Renate Blanke

Hiltrud Lotze (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! § 96 des Bundesvertriebenengesetzes verpflichtet

Bund und Länder, die Kultur und Geschichte jener Regionen im östlichen Europa zu erforschen und zu sichern, in denen früher teilweise jahrhundertlang Deutsche gelebt haben oder heute noch leben. Mehr als 20 Millionen Euro geben wir jährlich dafür aus. Das geschieht im Interesse unserer Gesellschaft, und es geschieht auch im Interesse derjenigen Menschen, die heute in den historischen Gebieten wie Ostpreußen, Pommern und Schlesien leben. Für die Partnerschaft mit unseren osteuropäischen Nachbarn ist dies von herausragender Bedeutung.

Durch die Förderung werden auch grenzüberschreitende Projekte unterstützt. Das ist im Bericht nachzulesen. Der Bericht erfährt auch immer große Zustimmung. Ein Beispiel: Wissenschaftler am Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa, kurz: Nordost-Institut, in meinem Wahlkreis in Lüneburg forschen 2016 gemeinsam mit Historikern der Universität Breslau in dem Projekt „Juden und Deutsche im polnischen kollektiven Gedächtnis“. Auf dieser gemeinsamen wissenschaftlichen Arbeit gedeiht vertrauensvolle Zusammenarbeit mit vielen Partnerinstitutionen im östlichen Europa.

Die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz soll dem veränderten europäischen Kontext angepasst werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Nicht nur bei der Erlebnisgeneration und ihren Nachfahren ist das Interesse an Kultur und Geschichte im östlichen Europa groß, sondern auch bei den jungen Leuten, bei Schülern, bei Studierenden und bei jungen Wissenschaftlern, die sich dem Thema „Flucht und Vertreibung“ heute mit ganz neuen Fragestellungen nähern. Auch in den ehemals deutschen Siedlungsgebieten, die mittlerweile überwiegend in den Mitgliedstaaten der EU liegen, ist das Interesse an deutscher Kultur und Geschichte groß. Hierin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt eine große Chance. Gerade jetzt in der Europakrise können wir über diesen Kulturaustausch dazu beitragen, dass nicht Ultrationalismus, nicht Abgrenzung und nicht Rassismus wieder an die Stelle von Partnerschaft, Zusammenarbeit und Versöhnung treten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des

Abg. Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich bin überzeugt, dass es die Aufgabe unserer Bundeskulturförderung sein muss, einen solch hohen Anspruch zu verfolgen.

Ich will nicht verschweigen, dass es immer wieder Kontroversen und Diskussionen um den sogenannten Kulturparagrafen gab und gibt; denn die kulturpolitischen Anliegen einzelner Interessengruppen wie etwa der Vertriebenenverbände spielen eine Rolle, wenn es um die Förderung von Projekten und Einrichtungen geht.

Nach dem von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg haben Millionen von Deutschen ihre Heimat im Osten verloren. Unsere Gesellschaft hat ihr Schicksal bis heute nicht hinreichend gewürdigt, finde ich, und auch nicht ihren Anteil am Wiederaufbau Deutschlands nach 1945.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Auch über das Trauma des Heimatverlustes darf und muss gesprochen werden. Das ist Teil unserer Geschichte.

Jedoch müssen Ursache und Wirkung, der von Nazideutschland verursachte Krieg und die dann folgenden Fluchtbewegungen in ganz Osteuropa, klar benannt werden. Deshalb darf sich die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz nicht allein an die Deutschen richten. Die Wechselwirkung mit anderen Kulturen, mit anderen Ethnien und deren wissenschaftliche Erforschung sowie die Auseinandersetzung damit müssen im Vordergrund der Förderaktivitäten des Bundes stehen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Katharina Landgraf [CDU/CSU])

Mit der mittlerweile breit akzeptierten „Konzeption 2000“ hat die damalige rot-grüne Bundesregierung diese wissenschaftliche und fachliche Professionalisierung festgeschrieben. Seitdem hat sich Europa aber deutlich verändert: 2004 sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, die Slowakei,

Slowenien, Tschechien und Ungarn der EU beigetreten, 2007 Rumänien und Bulgarien und 2013 Kroatien, also Länder, in denen zum Teil ehemals von Deutschen besiedelte Regionen liegen.

Genau deshalb haben sich SPD und CDU/CSU in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, die Förderung des kulturellen Erbes der Deutschen im östlichen Europa als Beitrag zur kulturellen Identität Deutschlands und Europas zu würdigen und mit dem Ziel verstärkter europäischer Integration die „Konzeption 2000“ anzupassen und weiterzuentwickeln. Einige kritische Anmerkungen und Hinweise zu diesem Prozess der Weiterentwicklung in Richtung Kulturstaatsministerin Grütters kann ich, auch wenn wir kurz vor Weihnachten sind, nicht vermeiden, auch wenn sie leider noch nicht hier ist: Die BKM hatte zugesagt, Eckpunkte zur Anpassung der Förderkonzeption noch vor der Sommerpause 2015 vorzulegen. Aber erst im November wurde uns ein ausformulierter Diskussionsentwurf vorgelegt. Dann musste es plötzlich ganz schnell gehen. Mit Verweis auf die Haushaltsanmeldungen für 2017 wurde großer Zeitdruck aufgebaut. Ein zuvor verabreiteter Zeitplan wurde nicht eingehalten, möglicherweise in der Hoffnung – das könnte man vermuten –, die SPD würde das Papier einfach so durchwinken. Ich finde, so geht das nicht. Dieses Vorgehen ist für uns nicht akzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist vor allen Dingen deshalb nicht akzeptabel, weil das vorgelegte Papier aus unserer Sicht sehr diskussions- und kritikwürdig ist und einen unzeitgemäßen Duktus enthält.

"Das ist ein Thema, das uns allen wichtig ist"

Der im Koalitionsvertrag formulierte Auftrag ist eindeutig: Die Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz soll dem veränderten europäischen Kontext angepasst werden. Zu-

gleich muss es eine Öffnung geben, hin zu neuen Zielgruppen, zu den nachfolgenden Generationen und zur Gesamtgesellschaft. Die Förderung nach § 96 BVFG hat einen gesamtstaatlichen Auftrag. Sie richtet sich nicht ausschließlich an die Vertriebenenverbände und ihre Landsmannschaften, aber auch an diese, weil die Arbeit dieser Verbände und ihrer einzelnen Mitglieder für die Verständigung und Vermittlung mit den Nachbarn in Osteuropa auf zivilgesellschaftlicher Ebene unheimlich wichtig ist. Das Klima, das dadurch geschaffen wird, brauchen wir. Es ist unverzichtbar für ein besseres Verständnis zwischen den benachbarten Völkern der EU.

Ich will daher eindrücklich an die Kulturstaatsministerin Grütters appellieren, im anstehenden Abstimmungsprozess darauf zu achten, dass die Anpassung der Förderkonzeption diesem Anspruch gerecht wird.

(Beifall bei der SPD)

Nur so erfüllt sie einen gesamtstaatlichen Auftrag, und letztendlich sind auch nur so die erheblichen Mittel in Höhe von über 20 Millionen Euro jährlich zu rechtfertigen. Das ist ein Thema, das uns allen wichtig ist und das die ganze Gesellschaft etwas angeht.

Das gilt im Übrigen auch für die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung, die den Auftrag hat, das Thema „Zwangsmigration im 20. Jahrhundert“ im europäischen Kontext aufzuarbeiten. Es wird im Ausland sehr genau darauf geachtet, wie wir in Deutschland mit diesem Thema umgehen.

Das Thema „Flucht und Vertreibung“ ist ja aktueller denn je. Staatsminister Michael Roth hat in einem Artikel in dieser Woche sehr richtig geschrieben, dass allein durch den Blick zurück Wunden und Narben von Flucht und Vertreibung nicht verheilen. Nur indem wir heute eine Erzählung finden, die die nächste Generation und ihre persönlichen Erfahrungen mit diesem Thema anspricht, ist und

bleibt die Stiftung wichtig und rechtfertigt die erheblichen Bundesmittel. In den letzten Monaten wurde wegen der gescheiterten Neubesetzung mit einem Direktor erneut negativ über die Stiftung berichtet. Dabei hat die Stiftung gutes Potenzial, und sie hat gutes Personal. Damit sie dieses gute Potenzial aber entfalten kann, muss sie dahin rücken, wo sie hingehört: in die Mitte der Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wäre ein mehr als positives Signal, wenn wir den Stiftungsrat erweitern und weitere Gruppen zur Mitarbeit einladen würden, über die Vertreter der Bundesregierung, der Regierungsfractionen, der beiden Kirchen, des Zentralrats der Juden und der größten Gruppe, des Bundes der Vertriebenen, hinaus. Ich bin sicher, dass eine breitere Basis dazu beitragen kann, die Stiftung gut aufzustellen und von alten, einseitigen und meist negativen Zuschreibungen wegzukommen.

Denn neben der Dauerausstellung, für die nun endlich das Drehbuch entwickelt werden muss, brauchen wir jetzt eine Direktorin oder einen Direktor und einen Wissenschaftlichen Beirat, damit die Stiftung zum Laufen kommt. Sie muss endlich durch gute Arbeit und durch interessante Veranstaltungen auf sich aufmerksam machen und nicht länger durch negative Schlagzeilen. Auch hier, liebe Frau Grütters – in Abwesenheit –, sind Sie gefordert, in den nächsten Tagen und Wochen die Situation zu klären und zu befrieden. Der SPD ist diese Stiftung, die wir gemeinsam in der letzten Großen Koalition begründet haben, wichtig. Doch unsere Geduld ist auch hier endlich.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und wünsche allen schöne Weihnachtstage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des Abg. Dr. Harald Terpe [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Petra Pau: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Kollegin Ulle Schauws das Wort.



Foto: Ulle Schauws / Stefan Kaminski

Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über Vertriebenenpolitik sprechen, müssen

wir vor allen Dingen über die Kontroverse sprechen, über die die Kollegin Lotze gerade schon gesprochen hat, nämlich: Seit Jahren schlägt die Debatte um die Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hohe Wellen; sie sorgt immer wieder für Unruhe.

Wir müssen über diese Stiftung deswegen sprechen, weil viele zentrale Fragen weiterhin unbeantwortet sind: Wer wird die Stiftung, die jetzt seit einem Jahr keine Direktorin bzw. keinen Direktor hat, zukünftig leiten? Wann wird die dringend notwendige konzeptionelle Neuaufstellung endlich realisiert? Hierauf warten wir bereits seit Jahren. Warum ist die Zusammensetzung des Stiftungsrates nicht schon längst verändert worden?

Antworten auf diese zentralen Fragen bekommen wir bisher keine, von der Bundesregierung zumindest nicht. Stattdessen bekommen wir schlechte Nachrichten, und zwar aus den Medien. Es wird über endlose Personalquellen berichtet. Es ist die Rede von mehr Belastung als Versöhnung, von einem würdelosen Spiel der BKM-Chaostruppe.

(Tabea Rößner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So was!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen genauso gut wie ich, wie schlecht solche Berichte für uns sind, gerade auch aus internationaler Perspektive.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So wird die Stiftung ihrem Zweck, einen Beitrag zur Versöhnung und Verständigung zu leisten, mitnichten gerecht.

Aber ich sage Ihnen: Gerade jetzt, in Zeiten, in denen das Thema „Flucht und Vertreibung“ viele Menschen bewegt und ein beispielloses gesellschaftliches Engagement für Geflüchtete stattfindet, sollten nicht endlose Konflikte im Mittelpunkt stehen, sondern die Chancen der Stiftung. Sie könnte, wenn sie denn neu aufgestellt wird, zu einem wichtigen Ort des Dialogs und der Aufklärung werden. Dafür ist allerdings ein entschiedenes Handeln der Bundesregierung erforderlich.

"Wir brauchen eine inhaltliche Neukonzeption der Stiftungsarbeit"

Meine Damen und Herren, was muss für einen ernstgemeinten Neuanfang alles getan werden? Es braucht eine Stiftungsleitung, die als dialogfähige Friedensstifterin nach vorne in die Zukunft schaut und nicht zurück. Es ist die Aufgabe der Kulturstaatsministerin, hier endlich eine passende Person zu finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es braucht eine neue Zusammensetzung des Stiftungsrates. Alle Gruppen – alle, die von Flucht und Vertreibung betroffen sind – sollten hier vertreten sein, also auch der Zentralrat der Sinti und Roma und natürlich auch Vertreterinnen und Vertreter von Migranten- und Flüchtlingsorganisationen. Dieser Schritt ist längst überfällig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir vor allem endlich brauchen – angesichts der aktuellen Flüchtlingssituation umso mehr –, ist eine inhaltliche Neukonzeption der Stiftungsarbeit. Weltweit sind Millionen von Menschen vertrieben und auf der

Flucht. Sie versuchen, ein neues Leben in Freiheit und Sicherheit zu finden. Sie suchen Schutz vor Krieg. Die Menschen, die zu uns kommen, darunter viele junge Leute, werden unsere Gesellschaft nachhaltig verändern. Die Geschichte von Flucht und Vertreibung kann deshalb nicht ohne diesen aktuellen Bezug verstanden werden – und umgekehrt. Die Stiftung sollte deshalb ihren Fokus erweitern und die Aufarbeitung der Vergangenheit mit Impulsen für Versöhnung und Austausch heute verknüpfen.

Flucht und Vertreibung und die Aufnahme von Millionen von Menschen – das ist nichts Neues für uns. Jeder und jede Dritte in Deutschland kommt aus einer Familie, in der Angehörige vertrieben wurden. Ich finde, hier bietet sich eine riesige Chance für den Dialog zwischen Menschen aus unterschiedlichen Generationen und Kulturen und für Begegnungen auf Augenhöhe. Denn viele ältere Menschen erinnern sich aktuell an ihre eigene Fluchterfahrung. Viele möchten deshalb Geflüchtete unterstützen und ihre Erfahrungen an junge Menschen weitergeben. Gerade die eigene Vertreibungsgeschichte führt doch zu viel Empathie gegenüber denjenigen, die jetzt zu uns kommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Junge Menschen verbinden mit dem Thema Flucht jetzt vor allem die aktuelle Situation in Syrien. Ihr Interesse an einer Auseinandersetzung mit den Ursachen für Flucht und Vertreibung in der Vergangenheit kann durch den Bezug zur aktuellen Situation geweckt werden. Dafür braucht es aber ein Zentrum, das Flucht und Vertreibung über die singuläre Leidensgeschichte einzelner Völker hinaus als Phänomen aufzeigt, das alle betrifft.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur so kann die Stiftung zu einem Forum werden, in dem über Mechanismen von Terror, Krieg und Nationalismus aufgeklärt wird – in Geschichte und in Gegenwart. Im besten Fall könnte so das Erlebte Generationen

und Herkunft verbinden. Es kann vielleicht sogar zu einem Ort werden, in dem so etwas wie gelebte Humanität vermittelt wird.

Ich möchte die Frau Kulturstaatsministerin ausdrücklich auffordern, beim Thema „Stiftung Flucht, Vertreibung und Versöhnung“ die bisher verpassten Chancen für einen ernstgemeinten Neuanfang endlich zu ergreifen und nicht erneut wieder verstreichen zu lassen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine friedvolle Zeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau: Das Wort hat die Kollegin Ute Bertram für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)



Foto: Tobias Koch

Ute Bertram (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Thema „Flucht

und Flüchtlinge“ ist seit Monaten in aller Munde. Wenn wir sehen, wie viele Menschen heute in Deutschland Schutz suchen, erkennen viele Deutsche Parallelen zur eigenen Familiengeschichte.

Denn nach dem Zweiten Weltkrieg kamen aus den ehemaligen deutschen Gebieten gut 14 Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene ins heutige Bundesgebiet. Später folgten die deutschstämmigen Aussiedler aus dem östlichen Europa und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Sie alle standen vor der Aufgabe, sich hier eine neue Heimat zu schaffen, ohne ihre Wurzeln zu verleugnen. Eine Alvensbach-Studie hat erst dieses Jahr bestätigt: Jeder vierte Deutsche hat dazu einen persönlichen oder familiären Bezug.

Welche Rolle die alte Heimat bis heute spielt, sehe ich in meinem Wahlkreis Hildesheim. Tausende von Schlesiern

bauten sich bei uns eine neue Heimat auf, und bis heute gibt es einen regen kulturellen Austausch mit der Herkunftsregion im Riesengebirge rund um die Stadt Hirschberg. Es ist beeindruckend, was die Heimatvertriebenen und ihre Organisationen bis heute leisten, vor allem auch für die Verständigung mit unseren osteuropäischen Nachbarn.

*"Deutliches Zeichen
unserer hohen
Wertschätzung für das
kulturelle Erbe im
östlichen Europa"*

Allerdings stirbt die Generation derer, die sich noch aus eigenem Erleben an Hirschberg oder an die anderen Herkunftsorte des deutschen Ostens erinnern können, aus. Wir stehen deshalb vor der großen Herausforderung, die Jugend für das gemeinsame Engagement mit Osteuropa zu gewinnen. Hier müssen die Schulen noch mehr tun. Denn für unser nationales Selbstverständnis spielt dieser Teil der deutschen Geschichte eine entscheidende Rolle.

Die unmittelbare Pflege des Kulturgutes der Herkunftsgebiete ist damit eng verbunden. Seit 1953 engagiert sich der Bund für die Förderung von Archiven, Museen, Bibliotheken, Wissenschaft und Forschung im östlichen Europa. Wie wichtig uns diese Förderung ist, haben wir noch einmal im Koalitionsvertrag verankert.

*"Kulturarbeit schlägt
Brücken"*

Wir sprechen heute über das Engagement des Bundes in den Jahren 2013/14. Der Bericht belegt eindrucksvoll die Vielfalt der Vorhaben zur deutschen Kultur und zur Geschichte im östlichen Europa. Im Vergleich zum Berichtszeitraum 2011/12

konnten wir die Förderung um mehr als 30 Prozent auf insgesamt 43,5 Millionen Euro aufstocken. Mit weiteren 1,7 Millionen Euro unterstützt das Bundesministerium des Innern im gleichen Zeitraum die verständigungspolitische Arbeit der Vertriebenen. Das ist ein deutliches Zeichen unserer hohen Wertschätzung für das kulturelle Erbe im östlichen Europa.

Freilich will ich nicht verhehlen, dass wir die starken Kürzungen in diesem Bereich aus der Regierungszeit von Rot-Grün noch nicht vollständig überwunden haben. Insofern, Frau Lotze und Frau Schauws, kann ich es nicht akzeptieren, dass Sie hier Kritik anbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Bei uns Christdemokraten ist dieses Thema nämlich ganz oben angesiedelt. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel hat es sich letztes Jahr nicht nehmen lassen, nach Schweidnitz und Kreisau in Schlesien zu fahren. 1989 nahm Helmut Kohl mit dem damaligen polnischen Regierungschef Tadeusz Mazowiecki an der Kreisauer Versöhnungsmesse teil. Der Friedensgruß zwischen den beiden gilt als der symbolische Ausgang des Versöhnungsprozesses nach dem Fall des Eisernen Vorhangs.

25 Jahre später feierte die Bundeskanzlerin dort das Mauerfalljubiläum. Auf dem Gut der Familie Moltke verschwor sich einst der berühmte Kreisauer Kreis gegen Hitler. Heute ist daraus, auf Wunsch Deutschlands, eine deutsch-polnische Jugendbegegnungsstätte geworden. Weil wir wissen, dass Kulturarbeit Brücken schlägt, fördern wir als Parlament noch weitere Projekte. Als Beispiel möchte ich den Kulturhauptstadtexpress nach Breslau anführen, Europäische Kulturhauptstadt 2016. Auch dort wird deutsch-polnische Kulturarbeit lebendig; denn die deutsche Geschichte der Stadt wird auch im Kulturhauptstadtprogramm vorkommen, genauso wie die deutschen Minderheiten.

Das Thema bleibt aktuell in Bezug auf unsere östlichen Nachbarn, und es wird aktuell in Bezug auf unser Zusammenleben mit allen Tausenden Flüchtlingen, die heute zu uns kommen. Ich hoffe, dass all jene, die sich seit Jahren für die Vertriebenen engagieren, ihr vieles Wissen nun mit einbringen. Denn wer weiß, was Flucht und Vertreibung für das eigene Leben bedeuten, der kann auch den heute ankommenden Flüchtlingen helfen. Ich wünsche Ihnen allen eine gesegnete Weihnachtszeit. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Petra Pau: Der Kollege Dr. Bernd Fabritius hat für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)



Foto: P. Baumgartl

Dr. Bernd Fabritius (CDU/CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fasse den Bericht der Bundesregierung zu

§ 96 BVFG zusammen: Es brechen endlich wieder bessere Zeiten an. – Und das ist hochehrfrohlich.

Einige Vorrednerinnen tun allerdings fast so, als ob sich Kulturpflege in Geschichtsbewältigung erschöpft. Das ist dem Grunde nach falsch. Deswegen gehe ich darauf nicht ein.

*"Es brechen endlich wieder
bessere Zeiten an"*

Nach 15 Jahren ist es uns gelungen, die Kulturförderung nach § 96 BVFG wieder auf das Niveau zu bringen, das es vor dem unglücklichen Kahlschlag vor 15 Jahren hatte, und sogar noch zu steigern. Das Fördervolumen hat endlich wieder das Niveau erreicht, welches Inhalt und Auftrag des § 96 entspricht. § 96 ist beileibe kein Instru-

ment der Flüchtlingspolitik, auch wenn einige das gerne so hätten.

Es war dringend nötig: Das jahrhundertalte kulturelle Erbe der Deutschen aus den ehemaligen Siedlungsgebieten in Ost-, Mittelost- und Südosteuropa – das ist Objekt des § 96 – sowie die „Weiterentwicklung der Kulturleistungen der Vertriebenen“ wurden mit dem Naumann'schen Änderungskonzept im Jahre 2000 faktisch aufgegeben. Es sollte durch weitgehende Musealisierung – welche euphemistische Umschreibung einer Abwicklung – geradezu kaltgestellt werden. Die Verbände und Selbstorganisationen der deutschen Heimatvertriebenen sollten kaputtgespart werden. Ihre eigenen Kultureinrichtungen wurden zunehmend isoliert und von der Bundesförderung ausgeschlossen. Das breite Aufgabenspektrum zu Pflege, Erhalt und Weiterentwicklung dieses kulturellen Schatzes – besonders auch der kulturellen Breitenarbeit – konnte von den entsprechenden Verbänden so nur noch ungenügend erfüllt werden. Kulturpflege in der Personengruppe war auf ehrenamtliche Wahrnehmung und Finanzierung durch beschränkte Eigenmittel reduziert und entsprach so nicht im Ansatz mehr dem gesetzgeberischen Auftrag, den man sich immer wieder vergegenwärtigen sollte.

"Die Kultur der deutschen Heimatvertriebenen ist unser aller kulturelles Erbe"

(Hiltrud Lotze [SPD]: Es ging um Professionalität!)

Erst mit dem Haushaltsjahr 2006 konnten wieder ein positiver Trend eingeleitet und die Mittel nach und nach aufgestockt werden. Wenn wir einen Blick in den hier vorliegenden Bericht werfen, dann wird deutlich, dass dieses Geld gut angelegt ist und dass eine umfassende, breite und professionelle Kulturarbeit, Frau Kollegin Lotze, heute erneut möglich ist.

Wir sehen natürlich auch, dass es an der einen oder anderen Stelle weiteres Verbesserungspotenzial gibt. Ich denke beispielsweise an die Förderung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen oder an dringend benötigte Kulturreferenten im Wirkungsbereich dieses Personenkreises, dessen Kultur es zu sichern und zu entwickeln gilt. Ich sehe auch noch Lücken in der institutionellen Förderung einiger Museen, um auch eine gewisse Nachhaltigkeit bei deren Arbeit sicherzustellen. Denn eines ist klar: Mit reiner Projektförderung sind Nachhaltigkeit und Kontinuität nicht mehr als ein Wunsch und damit ebenfalls ungenügend im Sinne des § 96 BVFG.

Ich sage Ihnen auch, warum es richtig und wichtig ist, sich für eine nachhaltige Förderung einzusetzen und dieses kulturelle Erbe der deutschen Heimatvertriebenen – ich wiederhole es – zu erhalten: Die Kultur der deutschen Heimatvertriebenen ist unser aller kulturelles Erbe und Teil der gesamten deutschen Geschichte. Deswegen hat der Gesetzgeber mit § 96 eine gesamtdeutsche Verpflichtung zum Erhalt und zur Weiterentwicklung dieses Erbes geschaffen, das nicht zur Disposition stehen darf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau! Weiterentwicklung!)

Die Selbstorganisationen der Heimatvertriebenen dürfen wir mit dieser Arbeit nicht alleine lassen. Sie müssen vielmehr als Partner der Kulturarbeit in die Bemühungen von Bund und Ländern zum Erhalt eines lebendigen Kulturerbes einbezogen werden. Daher zählt es zu unseren Verpflichtungen, im Bereich von Wissenschaft und Forschung, im Bereich von Kulturvermittlung, im Bereich der gesamten kulturellen Breitenarbeit deutliche Signale zu setzen und die einzelnen Gruppen zu unterstützen.

Auch die Einbeziehung derjenigen – das wurde dankenswerterweise angesprochen –, die heute weiter in den Siedlungsgebieten leben und dort zum Erhalt von Traditionen, Bräuchen und kulturellen Werten beitra-

gen, ist wichtig. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass wir im Haushalt 2016 die Mittel für die Förderung der deutschen Minderheiten vor Ort weiter erhöht haben und so unseren Teil dazu beitragen, das kulturelle Erbe in den Herkunftsgebieten zu erhalten.

"Die Selbstorganisationen der Heimatvertriebenen dürfen wir mit dieser Arbeit nicht alleine lassen."

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gleichzeitig fordere ich an dieser Stelle auch unsere Nachbarländer dazu auf, diese Kultur zu schützen und einen Beitrag zu ihrem Erhalt zu leisten. Denn es ist auch ihre Kultur, die als Teil der jeweiligen Gesamtkultur über Jahrhunderte in diesen Regionen gewachsen ist. Polen und seine neue Regierung dürfen das Engagement auf diesem Gebiet nicht aufgeben und müssen insbesondere auch die Verpflichtungen aus der ratifizierten einschlägigen Charta des Europarates einhalten. Entgegenstehende Signale dürfen sich nicht verfestigen und sollten zum Nachdenken anregen. Denn, Frau Kollegin Hupach, die Kultur Schlesiens ist auch die Kultur Polens, die Kultur der Sudetendeutschen ist auch die Kultur der Tschechischen Republik, und die Kultur Siebenbürgens und des Banats ist auch die Kultur Rumäniens.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Sigrid Hupach [DIE LINKE])

Kulturarbeit und Kulturförderung haben auch etwas Verbindendes. In einem vereinten Europa sind die jeweiligen Minderheiten wichtige Brückenbauer und Verständnisbilder zwischen den Nationen. Die Verbände aus Deutschland stehen in einem intensiven Dialog mit den Minderheiten vor Ort, mit der einheimischen Mehrheitsbevölkerung und mit den

staatlichen Institutionen. Gerade im Jugendbereich gibt es weitreichende Kooperationen und Projekte, die alte Vorurteile abbauen und sich für Verständigung mit den östlichen Nachbarn starkmachen. So wächst Europa weiter zusammen, so funktioniert eine auf Völkerverständigung ausgerichtete Kulturpflege. Abbau von Vor-

urteilen scheint auch in Deutschland weiterhin nötig zu sein. Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. André Hahn [DIE LINKE]: Ja, aber Revanchismus brauchen wir nicht!)

Vizepräsidentin Petra Pau: Ich schließe die Aussprache. Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache [18/5598](#) an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Die Gruppe Vor Ort

Stadtentwicklung in Königsberg/Kaliningrad vorgestellt Konrad-Adenauer-Stiftung informiert in Dresden und Berlin



Foto: privat

Der siegreiche Entwurf des aus Kaliningrad stammenden Architekten Anton Sagal sieht eine teilweise Rekonstruktion des Königsberger Schlosses vor

Auf Initiative des Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, Klaus Brähmig, setzte die Konrad-Adenauer-Stiftung die Vorstellung aktueller Stadtentwicklungspläne in Königsberg/Kaliningrad mit Präsentationen in Dresden und Berlin fort. Nachdem bereits im vergangenen Jahr der siegreiche Architekten-Entwurf für eine mögliche Neugestaltung des Königsberger Altstadtareals vorgestellt wurde, ging es in diesem Jahr schwerpunktmäßig um die Diskussion eines Wiederaufbaus des ehemaligen Kö-



Foto: privat

In Begleitung des Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Klaus Brähmig, besuchten die russischen Gäste die Sächsischen Sandsteinwerke in Pirna

nigsberger Schlosses. Diese Frage war Ende 2015 im Rahmen eines zweiten internationalen Gestaltungswettbewerbs entschieden worden. Mit einer Kombination aus Rekonstruktion von West- und Ostflügel des Schlosses mit modern gestalteten Veranstaltungsräumen war der junge Kaliningrader Architekt Anton Sagal von der international besetzten Expertenjury als Sieger bestimmt worden. Von deutscher Seite hatte der frühere Senatsbaudirektor von Berlin, Hans Stimmann, als Mitglied der Jury beide russischen Wettbewerbe begleitet.

Neben Preisträger Antol Sagal waren auch der Chefarchitekt der Stadtverwaltung Kaliningrads, Vyacheslav Genne, und der bisherige Leiter des Planungsbüros "Herz der Stadt", Alexander Popadin, nach Deutschland gereist, um einem interessierten Publikum die Planungen vorzustellen. Sowohl in Dresden als auch in Berlin stieß das Thema Königsberg/Kaliningrad erneut auf große Resonanz in der Öffentlichkeit.

Der Deutschland-Besuch der russischen Gäste wurde mit Experten-Gesprächen in Dresden zum Thema Wiederaufbau der Frauenkirche und des



Foto: privat

Dem Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche und den entsprechenden Erfahrungen galten Expertengespräche in der sächsischen Landeshauptstadt

historischen Neumarktes umrahmt. Aus diesen Gesprächen zur Entwicklung eines Altstadtbereichs unter Nutzung von baulichen Rekonstruktionen sowie den baulichen Besonderheiten eines detailgetreuen Wiederaufbaus des Sakralbaus Frauenkirche konnten die Königsberger Architek-

ten wichtige Informationen für die von ihnen verfolgten Pläne mit in die Großstadt am Pregel nehmen.



Foto: privat

Die Berliner Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung während der Abendveranstaltung zum Thema Königsberg

Gedenktag für die vertriebenen Ungarndeutschen

In Wudersch/Budaörs wurde der Opfer von vor 70 Jahren gedacht



Foto: privat

Landesdenkmal der Vertreibung der Ungarndeutschen auf dem "Alten Friedhof" in Wudersch/Budaörs westlich von Budapest

In einer bewegenden Gedenkstunde auf dem Friedhof der westlich von Budapest gelegenen Gemeinde Wudersch/Budaörs wurde am 19. Januar 2016 im Beisein des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán der 70. Jahrestag des Beginns der Vertreibung der Ungarndeutschen im Januar 1946 begangen. 1946 hatte die Deportation der Ungarndeutschen in Wudersch ihren Ausgang genommen. Auch die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten war durch die Teilnahme des ersten stellvertretenden Vorsitzenden, Bernd Fabritius, vertreten. Für die



Foto: privat

Historisches Grabmal auf dem "Alten Friedhof" in Wudersch

Bundesregierung legte der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, einen Kranz nieder.

Im Rahmen des in deutscher Sprache zelebrierten Gottesdienstes in der katholischen Pfarrkirche "Sankt Johannes Nepomuk" in Wudersch hielt Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán die Festansprache, in der er auf das Schicksal der vertriebenen Ungarndeutschen einging und feststellte: "Die offizielle Bezeichnung lautete Aussiedlung, doch dieses Wort hatte mit der Wahrheit nichts zu tun. Was



Foto: privat

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bei der Kranzniederlegung in Wudersch

Aussiedlung genannt wurde, bedeutete die Ausplünderung und die Vertreibung der ungarischen Schwaben. (...) Vor siebzig Jahren ereignete sich in Ungarn und in zahlreichen anderen Ländern Europas eine als Aussiedlung getarnte Deportierung. Und es gab keine einzige nüchtern denkende verantwortliche Person, auch die Vertreter der Siegermächte mitinbegriffen, die sich dem entgegengestellt hätte." Außerdem betonte Ministerpräsident Orbán die bis heute existierende enge Verbindung der deutschen Minder-

heit in Ungarn mit der ungarischen Gesellschaft und Kultur, die er wie folgt charakterisierte: "Die ungarisch-



Foto: privat

Blick in die vollbesetzte Pfarrkirche "Sankt Johannes Nepomuk" in Wudersch während des deutschsprachigen Gedenkgottesdienstes

schwäbische Gemeinschaft stellt einen organischen und unveräußerlichen Bestandteil der ungarischen Kultur dar. Wenn vor siebzig Jahren die Vertriebenen all das mitgenommen hätten, was die Ungarndeutschen oder Menschen deutscher Abstammung seit ihrer Ansiedlung für die ungarische Wirtschaft und Kultur getan hatten, dann wäre Ungarn heute bedeutend ärmer."

Im Nachgang zum Gedenktag in Ungarn führte die Gruppe einen Gedankenaustausch mit dem neuen ungarischen Botschafter in Berlin, Peter Györkös, und dankte insbesondere für die Würdigung und Wertschätzung der deutschen Minderheit durch den ungarischen Staat.



Foto: Steven Rösler

v.l.: Alexander Vollmert, Kata Udvarhely, Erika Steinbach, Péter Györkös, Klaus Brähmig, Bettina Kudla, Heiko Schmelzle

Informationsaustausch zur Minderheitenpolitik Südtirol als Musterregion gelebter Zweisprachigkeit gewürdigt

Foto: privat



Klaus Brähmig und Südtirols Landtagspräsident Thomas Widmann im Landeshaus in Bozen

Die Kontaktpflege zu Repräsentanten der Südtiroler Volkspartei (SVP) stand im Mittelpunkt eines Besuchs des Vorsitzenden der Gruppe, Klaus Brähmig, in Bozen. Dabei lobte er die stark durch den Tourismus geprägte Region Italiens als Musterbeispiel gelebter Zweisprachigkeit in Europa. Die SVP, der in Südtirol seit der Nachkriegszeit durchgehend die Rolle als stärkste po-

litische Kraft zukommt, ist als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) fest im Lager der christlich-demokratischen und bürgerlich-wertkonservativen Parteien verankert.

Ein aktuelles politisches Thema Südtirols ist die weitere Entwicklung des Südtiroler Autonomiestatus, dessen Grundlage die Grundsätze zum ethnischen Minderheitenschutz bilden. Hier sind die Bürger Südtirols aufgerufen, sich aktiv in einem Konvent mit ihren Vorstellungen einzubringen. Die SVP wird auch künftig durch maßgebliche Repräsentanten im Bereich der Minderheitenpolitik der „Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen“ (FUEV) vertreten sein und auf diese Weise Kontakte zu den deut-

schen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa pflegen. Ein weiteres wichtiges Thema war die Migrationssituation in Europa. Durch eine Schließung der österreichisch-italienischen Grenze auf dem Brennerpass werden Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit der Euroregion Tirol-Südtirol-Trentino befürchtet.



Klaus Brähmig und der Vorsitzende der Südtiroler Volkspartei, Philipp Achammer

Foto: privat

Abschied, Ankunft, Neubeginn in Friedland Museum zur Geschichte des Grenzdurchgangslagers eröffnet

Foto: privat



Das Museum Friedland ist im mustergültig sanierten historischen Bahnhofsgebäude untergebracht

Nach 10-jähriger Planungs- und Bauzeit ist am 18. März 2015 das Museum zur Geschichte des niedersächsischen Grenzdurchgangslagers Friedland eröffnet worden. In der unter dem Titel "Abschied, Ankunft, Neubeginn" stehenden Dauerausstellung wird die Bedeutung Friedlands für die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und

Spätaussiedler umfassend gewürdigt. Auch die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen bis zum Jahre 1955 und die spätere Aufnahme von Flüchtlingen aus Chile oder die der vietnamesischen "Boat People" in den 1970er Jahren sind Teil der Präsentation, die das Thema auch anhand zahlreicher Originalobjekte abbildet. Für die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten nahmen der stellvertretende Vorsitzende Heinrich Zertik und Heiko Schmelzle an der Veranstaltung teil. Das Land Niedersachsen als maßgeblicher Initiator des Museumsprojekts dankte dem Bund dafür, dass dieser sich finanziell in Höhe von 10 Millionen Euro an den geplanten Erweiterungsschritten des Museums um eine Akademie und internationa-

le Jugendbegegnungsstätte beteiligen werde. Dieses großzügige finanzielle Entgegenkommen des Bundes sollte sich in den Augen der Gruppe der Vertriebenen künftig in einem entsprechenden Engagement des Landes Niedersachsen bei der baulichen Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg widerspiegeln.



Bei der Einweihung trafen sich in Friedland: Heinrich Zertik, Journalist Rolf Zick, Heiko Schmelzle

Foto: privat

Kontaktpflege zur deutschen Minderheit in der Ukraine

Delegation der Gruppe besucht Kiew, Lemberg und Lutsk



Foto: Privat

Die deutschen Parlamentarier im Gespräch mit den Vertretern des "Rates der Deutschen in der Ukraine" in Kiew unter Vorsitz von Wladimir Leysle (hinten Mitte)

Eine Delegationsreise des Vorsitzenden der Gruppe, Klaus Brähmig, in Begleitung der stellvertretenden Vorsitzenden Silke Launert und Heinrich Zertik in die Ukraine setzte die Kontaktpflege der Gruppe zu den deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa fort. Mit dem "Rat der Deutschen in der Ukraine" stand dabei die zentrale Organisation der Selbstverwaltung der deutschen Minderheit im Zentrum der Gespräche, die in der Hauptstadt Kiew, in der galizischen Metropole Lemberg sowie in der im Nordwesten der Ukraine gelegenen Stadt Luzk (Wolhynien) stattfanden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Minderheit ist die fortgesetzte Pflege und Vermittlung der deutschen Sprache und Kultur. In diesem Zusammenhang wurde die Arbeit der Minderheiten-Selbstorganisationen in Polen und Rumänien als bei-

spielhaftes Vorbild angesehen. Kenntnisse der deutschen Sprache wurden dabei – auch im Hinblick auf die mögliche Beantragung des Spätaussiedlerstatus – als grundlegende Voraussetzung bezeichnet.

In Fragen des Spracherhalts wird die Minderheit in der

Ukraine intensiv durch die in Kiew befindliche Dependence des Goethe-Instituts unterstützt, das die Durchführung von deutschen Sprachkursen in die Hände der Selbstverwaltung der deutschen Minderheit legt. Von den dabei erhobenen Gebühren profitiert die Minderheiten-Selbstverwaltung auch finanziell. Das Goethe-Institut stellt qualitativ hochwertiges Lehrmaterial zur Verfügung und übernimmt die kontinuierliche Fortbildung der entsprechenden Lehrkräfte. Zugleich arbeiten in den landesweiten Begegnungszentren speziell ausgebildete Sprachassistenten des Goethe-Instituts intensiv mit der deutschen Minderheit zusammen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Qualitätssicherung der Sprachausbildung, die in erster Linie an Mitglieder der ukrainischen Mehrheitsbevölkerung gerichtet ist.



Foto: Privat

Die stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe, Silke Launert und Heinrich Zertik, nach einem Gespräch mit der ukrainischen Parlamentsabgeordneten Irina Friz (Mitte)

Die darin zum Ausdruck kommende enge Abstimmung von Programmen mit den Vereinigungen der deutschen Minderheit ist ein wichtiges Vorge-



Foto: Privat

Kranzniederlegung auf der im Jahre 1996 durch Bundeskanzler Helmut Kohl eingeweihten Kriegsgräberstätte des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge am westlichen Stadtrand von Kiew

hen von Seiten der Träger der deutschen auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Auf diese Weise werden die Mitglieder der deutschen Minderheit und ihre Institutionen nicht auf die Rolle eines Empfängers von staatlich finanzierten deutschen Angeboten reduziert, sondern aktiv und zukunftsweisend als handelnde Akteure mit einbezogen. Dieses ist für das Selbstverständnis der deutschen Minderheiten – nicht nur in der Ukraine, sondern in allen Staaten Mittelost-



Foto: Privat

Blick über den "Maidan" von Kiew, einem der Schauplätze der Revolution in der Ukraine vom Februar 2014



Foto: Privat

Die stellvertretenden Vorsitzenden der Gruppe Silke Launert und Heinrich Zertik im Gespräch mit der Vereinigung der deutschen Minderheit in Lemberg unter Vorsitz von Maria Weselowskaja (3. v. r.)

Gesangsgruppen ist auch für die deutsche Minderheit in der Ukraine charakteristisch und wirkt identitätsstiftend in die Kreise der Jugendorganisationen hinein.

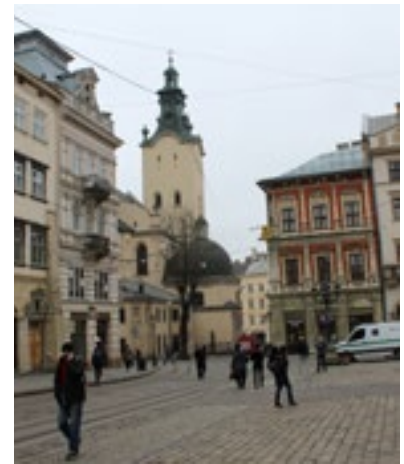


Foto: Privat

Das historische und eine Grundfläche von zirka 600 x 600 Metern umfassende Stadtzentrum von Lemberg wird seit dem Jahre 1998 von der UNESCO als Weltkulturerbe geführt

und Südosteuropas – von grundlegender Bedeutung.

Auch die Wahrnehmung der Minderheit durch die Besuche offizieller Delegationen aus Deutschland wurde vom "Rat der Deutschen in der Ukraine" mehrfach als ideell von großer Bedeutung herausgestellt. Ein Vorort-Besuch bei der deutschen Minderheit in Lemberg führte zu Einblicken in deren Tätigkeitsspektrum. So wurde im vergangenen Jahr ein Festival der deutschen Sprache und Kultur in Lemberg veranstaltet. Bei einem künftigen Projekt mit Schwerpunkt Stadtentwicklung will man die spezifisch deutschen Beiträge zur Architektur der galizischen Metropole herausarbeiten.

Ein wichtiges Aufgabengebiet der Minderheitenselbstverwaltung stellt darüber hinaus die soziale und caritative Arbeit dar. So war es für die deutsche Delegation erfreulich zu erfahren, dass sich in Lemberg zahlreiche Vertreter der Minderheitenjugend der Betreuung und Unterstützung sozial Schwacher und Senioren widmen. Neben einer mit dem Deutschen Roten Kreuz initiierten Lebensmittelhilfe umfasst dies auch die praktische Unterstützung im Haushalt. Die in vielen Regionen sichtbare Pflege des Brauchtums in Form von Tanz- und



Foto: Privat

Heinrich Zertik nach einem Gespräch mit der Gemeinschaft der wolhynien-deutschen Minderheit in Luzk im Nordwesten der Ukraine

Ein abschließender Besuch in der nordwestukrainischen Stadt Luzk diente der Würdigung des partnerschaftlichen Engagements des nordrhein-westfälischen Landkreises Lippe in der Region Wolhynien / Luzk, der im Jahre 2015 im Rahmen eines Partnerschaftsvertrags besiegelt worden war. Dabei standen Ko-

operationen zwischen der Technischen Universität Luzk und Hochschulen in der Region Ostwestfalen-Lippe wie auch die Kooperation kleiner und mittelständischer Wirtschaftsunternehmen im Rahmen von Praktika und Berufsausbildungen im Mittelpunkt. Die deutsche Delegation rief die Jugend der deutschen Minderheit dazu auf, die sich in der Ukraine bieten-

Möglichkeiten als Chance zu begreifen.



Foto: Privat

Heinrich Zertik und der Bürgermeister von Luzk, Mykola Romaniuk, im Gespräch über die zukünftige Kooperation der Region Wolhynien mit dem nordrhein-westfälischen Landkreis Lippe

Deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik

Gruppe besucht Landesversammlung und Kulturverband



Foto: Privat

Reichenberg: Besuch im Begegnungszentrum des Verbands der Deutschen in der Region Reichenberg, Lausitz und Nordböhmen unter Leitung von Krista Blazevicova

Im Rahmen einer Delegationsreise in die Tschechische Republik führte der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, Klaus Brähmig, in Begleitung seines Stellvertreters Bernd Fabritius und des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der

Besonders erfreulich war die Tatsache, dass es beiden Minderheitenorganisationen immer wieder gelingt, auch Jugendliche tschechischer Nationalität für die deutsche Sprache, Kultur und Geschichte zu interessieren und für eine Mitarbeit in den Strukturen der Selbstorganisations-



Foto: Privat

Brunn: Kranzniederlegung am Gedenkstein für die Opfer des "Brünner Todesmarschs" vom 31. Mai 1945. v.l.n.r. Heiko Schmelzle, Klaus Brähmig, Bernd Fabritius, Dieter Fuchsenthaler (Deutsche Botschaft Prag)

CDU, Heiko Schmelzle, zahlreiche Gespräche mit Vertretern der deutschen Minderheit.

Dabei traf die deutsche Delegation sowohl mit Vertretern des bereits im Jahre 1969 gegründeten Kulturverbands der Bürger deutscher Nationalität in der Tschechischen Republik als auch mit den Repräsentanten der im Jahre 1992 gegründeten Landesver-

sammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien zusammen. Beide Institutionen wurden im Rahmen von Besuchen zahlreicher örtlicher Vereinigungen wahrgenommen. Der Bogen der besuchten Orte reichte dabei von Prag und Reichenberg über Brünn und Olmütz bis nach Graslitz im Erzgebirge sowie nach Komotau und Aussig. Dabei bot sich den deutschen Parlamentariern ein breites Spektrum an Aktivitäten, das alle Altersgruppen umfasst.

Hauptstadt Brunn, in der Germanistik-Studenten der dortigen Universität die Strukturen der deutschen Minderheit aktiv nutzen und durch ihr Engagement bereichern. So wird beispielsweise das Format eines Debattierclubs genutzt, um die Fertigkeiten in der Nutzung der deutschen Sprache zu verbessern.

Auch im Rahmen des Deutschunterrichts in Schulen wird wichtige Basisarbeit geleistet. Dabei dient die deutsche Popmusik als attraktives zeitgemäßes Vehikel, um Schülerinnen und Schüler für das Erlernen der deutschen Sprache und damit auch eine Beschäftigung mit unserer Geschichte und Kultur zu interessieren.

Der wichtigste protokollarische Termin der Reise war der Gedankenaustausch mit dem Oberbürgermeister von Brünn, Petr Vokrál. Dieser hatte im vergangenen Jahr das aus einer zivilgesellschaftlichen Initiative hervorgegangene Gedenken an den 70. Jahrestag des „Brünner Todesmarsches“ im Jahre 1945 auf politischem Wege durchgesetzt. Dieses in der Kommunal- und Landespolitik nicht unumstrittene Vorhaben, bei der am



Foto: Privat

Die deutsche Delegation wird vom Oberbürgermeister der Stadt Brünn, Petr Vokrál (4.v.r.), im Rathaus der mährischen Metropole zum Gedankenaustausch empfangen

30. Mai 2015 ein Gedenkmarsch der Lebenden in entgegengesetzter Richtung wieder in die Stadt Brünn einführte, war die stärkste symbolische Geste der Versöhnung gegenüber den vertriebenen Deutschen, die in der Tschechischen Republik bisher stattgefunden hat.



Foto: Privat

Brunn: Beim Besuch des örtlichen Begegnungszentrums waren rund 60 Mitglieder der deutschen Minderheit der Einladung zum Gespräch gefolgt.



Foto: Privat

Prag: Gespräch mit der Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien unter Vorsitz von Martin Dzingel (3.v.l.) in der Deutschen Botschaft Prag im historischen Palais Lobkowitz

Auch Bundespräsident Joachim Gauck nahm in seiner Rede aus Anlass des letztjährigen Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni 2015 auf diese Brünner Initiative Bezug. Im Rathaus von Brünn, vor dem zum Besuch der Fraktionsdelegation die deutsche Flagge gehisst war – auch dies keine Selbstverständlichkeit in der Tschechischen Republik – betonte Oberbürgermeister Vokrál, dass es nicht bei der Geste des Gedenkens im vergangenen Jahr bleibe, son-



Foto: Privat

Graslitz/Erzgebirge: Die Mitglieder des Kulturverbands in Graslitz im Erzgebirge unterhalten Dank des großen Engagements von Petr Roijk (3.v.r.) ein umfangreiches Vereinsleben mit zahlreichen Aktivitäten

dern dass auch in diesem Jahr 2016 im Rahmen einer Veranstaltungsreihe „Meet Brno“ ein Gedenkmarsch geplant sei. Sein kommunalpolitisches, aber weit über die Grenzen Brünns ausstrahlendes Engagement kann von deutscher Seite nicht stark genug gewürdigt werden.

Zum Gedenken an die Opfer des „Brünner Todesmarsches“ legte die deutsche Delegation im Namen der

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion einen Kranz am örtlichen Denkmal für die Opfer nieder.

Bei einem Gespräch in der Deutschen Botschaft in Prag mit Botschafter Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven ging es auch um das von der Botschaft mit initiierte Projekt eines "Deutsch-Tschechischen Kulturfrühlings" im kommenden Jahr 2017. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens der „Deutsch-Tschechischen Erklärung“

von 1997 sollen zahlreiche grenzüberschreitende Kulturveranstaltungen ins Leben gerufen werden. Auch die Vereinigungen der Deutschen Minderheit werden aktiv involviert sein.

Jüngste politische Entwicklungen in Europa führen allerdings auch wieder vor Augen, dass das latent vorhandene antideutsche Ressentiment in der Tschechischen Republik immer noch von gewissen politischen Kreisen aktiviert werden kann. Aus diesem Grunde sind alle Initiativen, die zu einer Stärkung des deutsch-tschechischen Verhältnisses beitragen, zu begrüßen.

Im Rahmen der Delegationsreise setzte die Gruppe auch ihre Würdigung der Arbeit des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge fort. Auf dem alten städtischen Friedhof von Karlsbad wurde der dort beigesetzten Kriegstoten gedacht. Neben Soldaten

liegen dort auch Zivilisten aus Berlin und Karlsbad begraben. Der stets ausgezeichnete Pflegezustand der vom Volksbund gepflegten Kriegsgräberstätten verdient eine besondere Würdigung durch die deutsche Politik. Mit einer Kranzniederlegung auf der Elbebrücke in Aussig wurde ebenfalls der Opfer des „Massakers von Aussig“ vom 31. Juli 1945 gedacht.

Die Delegationsreise verdeutlichte erneut die große Bedeutung, die der Unterstützung der deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa von deutscher Seite auch künftig zukommt. Aus diesem Grunde wird sich die Gruppe innerhalb der CDU/CSU-Fraktion mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die identitätsstiftenden Maßnahmen und Hilfestellungen über das Bundesministerium des Innern unvermindert fortgesetzt werden. Als Brückenbauer in die jeweiligen Mehrheitsgesellschaften leisten



Foto: Privat

Prag: Gespräch mit der Vorsitzenden des Kulturverbands der Bürger deutscher Nationalität in der Tschechischen Republik, Irena Novak, im Haus der Minderheiten

die Mitglieder der deutschen Minderheiten einen unschätzbaren Beitrag zur Verständigung in Europa. Die beim Besuch in der Tschechischen Republik gezeigte überwältigende Herzlichkeit bei der Aufnahme der deutschen Delegation durch die Angehörigen der deutschen Minderheit macht deutlich, wie wichtig der Einsatz für dieses Kulturerbe ist.



Foto: Privat

Aussig: Auf der Elbebrücke gedachte die Delegation den Opfern des "Massakers von Aussig" vom 31. Juli 1945 mit der Niederlegung eines Blumengebindes

Gleiwitz und Auschwitz als Orte deutscher Geschichte

Gruppe setzt Gespräch mit der deutschen Minderheit in Polen fort



Foto: privat

Besuch des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Gleiwitz: (v. l. n. r.): Eckhard Pols, Silke Launert und Klaus Brähmig, Geschäftsführer Lucjan Dzumla, Weronika Wiese, Konsulin Sabine Haake und Leonhard Malcharczyk vom Deutschen Konsulat Oppeln

Im Nachgang zu einer Delegationsreise nach Oberschlesien im Sommer 2015, die aufgrund von Abstimmungen im Deutschen Bundestag verkürzt werden musste, führten die Vorstandsmitglieder der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen

peln vertretene HdpZ mit deutschen Wirtschaftsvertretern zu vernetzen. Die Nutzung der Strukturen der deutschen Minderheit und Organisationen zur Pflege

der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ist wichtig, um dieses zivilgesellschaftliche Engage-

widmet, entstand der Vorschlag, Teile der dort ausgestellten Kunstwerke des polnischen Künstlers Marian Kołodziej (1921 - 2009) im Deutschen Bundestag zu präsentieren. Als Häftling Nr. 432 des ersten Auschwitz-Transports vom Juni 1940 hatte Kołodziej seine Erinnerungen an die Inhaftierung in Auschwitz künstlerisch verarbeitet. Einige Ordensbrüder berichteten von ihren Kontakten zu Altbundeskanzler Helmut Kohl, da die Gemeinschaft in Ludwigshafen-Oggersheim ein Kloster unterhält. Ein



Foto: privat

Die deutsche Delegation beim Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau

Besuch des früheren Konzentrationslagers Auschwitz und eine Kranzniederlegung auf einer Kriegsgräberstätte des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge schlossen die Reise ab.



Foto: privat

Im Franziskaner-Minoritenkloster und Maximilian Kolbe-Zentrum von Harmeze südlich von Auschwitz-Birkenau mit Prior Piotr Cuber (4.v.l.) und weiteren Ordensbrüdern

Minderheiten, Klaus Brähmig, Silke Launert und Eckhard Pols, im Juni 2016 Gespräche in Polen. Bei einem Besuch des Hauses für deutsch-polnische Zusammenarbeit (HdpZ) in Gleiwitz tauschte sich die deutsche Delegation mit Geschäftsführer Lucjan

ment aufzuwerten. Im Franziskaner-Minoritenkloster Harmeze, das sich in besonderer Weise dem Andenken an den heiligen Maximilian Kolbe



Foto: privat

Kranzniederlegung auf der Kriegsgräberstätte Laurahütte des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge nördlich von Kattowitz durch Eckhard Pols, Silke Launert und Klaus Brähmig

Nördliches Ostpreußen als Brücke zwischen Deutschland und Russland nutzen

Gespräch mit dem russischen Botschafter Wladimir M. Grinin



Foto: privat

v.l.: Botschafter Wladimir M. Grinin, Klaus Brähmig

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Spannungen in den deutsch-russischen Beziehungen führte Klaus Brähmig ein Gespräch mit dem russischen Botschafter in Deutschland, Wladimir M. Grinin, in dem er dafür warb, das nördliche Ostpreußen bzw. die Oblast Kaliningrad und die dort allgegenwärtigen Spuren einer gemeinsamen deutsch-russischen Geschichte für eine Intensivierung des

bilateralen Dialogs auf regionaler Ebene zu nutzen.

Hinsichtlich der hohen gemeinsamen Wertschätzung des Wirkens bedeutender Ostpreußen, nicht zuletzt des Königsberger Philosophen Immanuel Kant, böten sich zahlreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit in den Bereichen Geschichte, Kultur und Wissenschaft an. Diese müssten stärker als bisher genutzt werden. Auch Käthe Kollwitz, Lovis Corinth oder E.T.A. Hoffmann seien Repräsentanten von hoher Bedeutung, deren Wertschätzung Deutschland und Russland verbinde.

Die Bestrebungen der Gebietsregierung in Kaliningrad, die Altstadt von Königsberg angelehnt an historische Stadtgrundrisse wiederaufzubauen

und wesentliche Teile des Königsberger Schlosses zu rekonstruieren, zeigten die große Offenheit der russischen Seite gegenüber dem kulturellen Erbe aus deutscher Zeit.

Klaus Brähmig würdigte insbesondere das Engagement zahlreicher Einzelpersonen und lokaler Initiativen im nördlichen Ostpreußen, die sich in den unterschiedlichsten Formen dem Erhalt der bis heute vorhandenen historischen deutschen Spuren widmeten. Dies schließt Vertreter aus den Kreisen der deutschen Heimatvertriebenen ebenso ein wie zahlreiche russische Staatsbürger.

Botschafter Grinin teilte die Bedeutung der gemeinsamen Geschichte für die weitere Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen.

Sicherung siebenbürgisch-sächsischer Geschichte

Besuch auf Schloss Horneck in Gundelsheim



Foto: privat

v.l.: Thomas Strobl, Bernd Fabritius, Irmgard Sedler, Bernhard Lasotta, Klaus Brähmig, Konrad Gündisch

Im traditionsreichen Zentrum siebenbürgisch-sächsischer Kultur und Geschichte in Deutschland, dem hoch über dem Neckar gelegenen Schloss Horneck im baden-württembergischen Gundelsheim, informierten sich Klaus Brähmig und der damalige stellvertretende Vorsitzende

der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl, über die aktuelle Situation des Hauses. In einer großen finanziellen Kraftanstrengung war es der Gemeinschaft der Siebenbürger Sachsen Ende des Jahres 2015 gelungen, die Immobilie des Schlosses Horneck zu erwerben, um die deutschlandweit einmalige landsmannschaftliche Konzentration von Museum, Bibliothek und Archiv an diesem Ort zu erhalten und zukunftsweisend auszubauen.

Gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Fördervereins Siebenbürgisches Museum Gundelsheim, des Landtagsabgeordneten Bernhard Lasotta, dem Vorsitzenden des Siebenbürgisch-Sächsischen Kulturrats e.V.,

Konrad Gündisch und der Vorsitzenden des Schloss-Trägervereins, Irmgard Sedler, wurde über künftige Gestaltungspläne gesprochen. Dabei ging es auch um eine finanzielle Beteiligung des Bundes im Rahmen der Kulturförderung gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz. Klaus Brähmig sagte zu, sich in Berlin auch mit Blick auf die im Sommer anstehenden Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2017 für eine finanzielle Förderung des Museums einzusetzen. Gerade vor dem Hintergrund ihrer besonderen Funktion für das deutsch-rumänische Verhältnis sei der kulturelle Beitrag der Siebenbürger Sachsen in Deutschland wie auch in Rumänien besonders zu pflegen und bekannt zu machen.

Gruppe besucht das Museum der Festung Küstrin

Programm für Abgeordneten-Informationsfahrten erweitert



Foto: Privat

Küstrin-Altstadt: Die Delegation beim Besuch der gerade neu geschaffenen Dauerausstellung zur Stadtgeschichte Küstrins

Im Nachgang zu einem Gespräch mit der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten in Berlin im vergangenen Jahr besuchten Ende April 2016 die Abgeordneten Klaus Brähmig, Hans-Georg von der Marwitz, Helmut Nowak und Eckhard Pöls das auf dem Gelände der



Foto: Privat

Vor dem "Berliner Tor" der Küstriner Altstadt: Bürgermeister Zbigniew Biedulski, Helmut Nowak, Julia Bork, Hans-Georg von der Marwitz, Klaus Brähmig, Ryszard Skalba, Eckhard Pöls

früheren Altstadt von Küstrin gelegene Festungsmuseum. Neben dem Direktor des Museums, Ryszard Skalba, und der Projektassistentin Julia Bork empfing auch der Vize-Bürgermeister der polnischen Stadt Kostrzyn nad Odra, Zbigniew Biedulski, die deutsche Delegation. Bei einem Rundgang über das Gelände der einstigen Altstadt Küstrins wurden die deutschen Parlamentarier über den Stand der be-

reits erfolgten Sanierungsarbeiten und künftige Projekte informiert. Neben der Instandsetzung weiterer brandenburg-preußischer Befestigungsanlagen der einstigen Festung Küstrin ist auch die Wiederherstellung des einst stadtbildprägenden Standbilds von Johann Markgraf von Brandenburg geplant, das bis zur Zerstörung Küstrins am Ende des Zweiten Weltkriegs seinen Platz vor der Marienkirche hatte.

Auch mit Blick auf den 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags im Jahre 2016 konnte die deutsche Delegation die Umsetzung einer ihrer politischen Initiativen verkünden: Über das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages die Gelegenheit, jährlich Besuchergruppen politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Informationsfahrten in die Bundeshauptstadt Berlin einzuladen. Neben einem Besuch des Deutschen Bundestages stehen dabei stets Termine in Bundesministerien und Museen in Berlin auf dem Programm. Auf Initiative der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten veranlasste Regierungssprecher Steffen Seibert als Leiter des Bundespresseamtes nun, dass künftig auch das "Museum Festung Küstrin" in das Besuchsprogramm aufgenommen werden kann.

Damit wird nicht nur ein wichtiges deutsch-polnisches Kooperationsprojekt gewürdigt. Bürger aus ganz Deutschland haben künftig die Möglichkeit, sich an diesem Lernort deutscher Geschichte unmittelbar über das Schicksal einer der meistzerstörten Städte in den ehemaligen

Ostgebieten des Deutschen Reiches zu informieren. Es wäre daher wünschenswert, wenn möglichst viele Mitglieder des Deutschen Bundestages von diesem Angebot Gebrauch machen würden.

Gerade für Kinder und Jugendliche bietet die Altstadt von Küstrin mit ihrer bis heute sichtbaren Straßengliederung einen besonders anschaulichen und authentischen Ort für die Schrecken des Krieges. Die deutsche



Foto: Privat

Blick von den bereits sanierten Festungsanlagen des "Kattewalls" über die Oder

Delegation bedankte sich beim Museums-Team und bei Vize-Bürgermeister Biedulski für ihren wertvollen Beitrag zur deutsch-polnischen Erinnerungsarbeit.



Foto: Privat

Der Sockel des Denkmals für Johann Markgraf von Brandenburg (1513 - 1571) vor der Ruine der Marienkirche Küstrins

Deutsche Minderheit in Rumänien politisch engagiert

Zahlreiche Kandidaten traten bei der Kommunalwahl 2016 an



Foto: Privat

Klaus Brähmig und Konsulin Judith Urban beim Besuch des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien mit Martin Bottesch, Paul-Jürgen Porr und Benjamin Josza

Die kontinuierliche Pflege des Dialogs mit den Vertretern der deutschen Minderheit in Rumänien wurde durch Gespräche von zahlreichen Mitgliedern der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fortgesetzt. Neben dem Vorsitzenden der Gruppe, Klaus



Foto: Privat

Die Abgeordneten Hans-Georg von der Marwitz und Heiko Schmelzle bei einem Treffen mit dem Bürgermeisterkandidaten der deutschen Minderheit in Kronstadt, Cristian Macedonschi (2.v.l.), und Konsulin Judith Urban

Brähmig, reisten auch die Abgeordneten Hans-Georg von der Marwitz, Heiko Schmelzle und Klaus-Peter Willisch sowie der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Johannes Singhammer, im Frühjahr 2016 nach Siebenbürgen. Im Vorfeld der für den 5. Juni 2016 angesetzten Kommunalwahlen in Rumänien fanden auch Gespräche mit den Bürgermeister-Kandidaten des "Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien" statt. In

Hermannstadt und Freck traten die bisherigen Amtsinhaber Astrid Fodor und Arnold Klingeis an. In Kronstadt bewarb sich Cristian Macedonschi für das "Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien" um das Amt des Bürgermeisters. Allen genannten Gemeinden ist gemein, dass die deutsche Minderheit nur einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung stellt. Eine Entscheidung des rumänischen Verfassungsgerichts, die Kommunalwahl in nur einem Wahlgang ohne Stichwahl durchzuführen, wurde als Vorteil für die Amtsinhaber gewertet.

Während in Hermannstadt die weitere Entwicklung der städtischen Infrastruktur ganz oben auf der Tagesordnung steht, ist die Gemeinde Freck auf dem Weg, im Rahmen der europäischen "Smart Cities"-Initiative zu einem innovativen Zentrum für die Nutzung erneuerbarer Energien zu werden. Kronstadt strebt als traditionelles Zentrum der rumänischen Luft- und Raumfahrtindustrie neben dem Ausbau des Tourismus die Etablierung eines Messestandortes an. In allen Städten sind es insbesondere die erfolgreichen Ansiedlungen deutscher Industrieunternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und die Arbeitslosigkeit auf geringste Ausmaße senken. Die Ausbildung geeigneter Fachkräfte und die Schaffung attraktiver Arbeits-, Lebens- und Verdienstmöglichkeiten in Rumänien stehen dabei an erster Stelle. In Kooperation zwischen deutschen Unternehmen und dem rumänischen Staat werden beispielsweise derzeit im Rah-

men des "Dualen Systems" Berufsschulen ins Leben gerufen, die die in Deutschland seit langem etablierte Verknüpfung zwischen Praxis und Theorie in der Ausbildung auch nach Rumänien bringen.

Das wichtigste Thema in Gesprächen mit Vertretern aus Politik, Kirche, Wirtschaft und gesellschaftlichem Bereich war die dauerhafte Sicherung des muttersprachlich deutschen Schulunterrichts in Rumänien. Die Kenntnis der deutschen Sprache in



Foto: Privat

In Freck hat sich Bürgermeister Arnold Klingeis dem ehrgeizigen Ziel verschrieben, seine Stadt zu einem Vorzeigeort in der Nutzung erneuerbarer Energien zu machen. Hier im Gespräch mit Konsulin Urban und dem Abgeordneten Klaus-Peter Willisch

Kreisen der Minderheit und die Attraktivität des Deutschen für Kinder aus der rumänischen Mehrheitsgesellschaft werden als langfristige



Foto: Privat

Die Bürgermeisterin ad interim in Hermannstadt, Astrid Fodor, im Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages, Johannes Singhammer (l.), und dem Abgeordneten Klaus-Peter Willisch

Grundvoraussetzung für den Erhalt der deutschen Kultur gesehen. Alle Gesprächspartner wiederholten daher den Dank für die eine Millionen Euro, die der Deutsche Bundestag jährlich zur finanziellen Unterstützung der entsprechenden Lehrkräfte zur Verfügung stellt. Neben der Sicherung der großartigen caritativen und sozialen Einrichtungen der deutschen Minderheit und Kirche wird die Sicherung des muttersprachlich deutschen Unterrichts ein Schwerpunkt deutschen politischen Handelns sein müssen.

Bei den Wahlen am 5. Juni 2016 wurde in Hermannstadt Bürger-



Auch das Dr. Carl Wolff-Altenheim in Hermannstadt unter Leitung von Frau Ortrud Rhein (l.) wurde durch Vizepräsident Johannes Singhammer besucht. Dort wurde gerade das erste Kinderhospiz in Rumänien eingeweiht.

meisterin Astrid Fodor in ihrem Amt bestätigt, während in Freck die Wiederwahl von Bürgermeister Arnold Klingeis scheiterte. In Kronstadt konnte sich Herausforderer Cristian Macedonschi nicht gegen den bisherigen Amtsinhaber durchsetzen. Im Stadtrat ist das Kronstädter Deutsche Forum erneut drittstärkste politische Kraft.

2024 - 300 Jahre Immanuel Kant (1724 - 1804)

Einbringung ostpreußischer und Königsberger Themen wichtig



Die Veranstaltung im Deutschen Historischen Museum in Berlin stand unter dem Titel: 300 Jahre Immanuel Kant. Der Weg zum Jubiläum

Auf Initiative der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten veranstaltete die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Anfang Juni 2016 eine Fachtagung im Hinblick auf den 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant. Ziel dieser Auftaktveranstaltung war es, namhafte Akteure zusammenzuführen, um den noch acht Jahre andauernden Weg zum Kant-Jubiläum 2024 mit Leben zu erfüllen.

Da Immanuel Kant seine Heimatstadt Königsberg und die sie umgebende Landschaft Ostpreußens zeitlebens nicht verlassen hat, ist eine starke Be-

rücksichtigung von Stadt und Region bei der Ausgestaltung des Jubiläums unerlässlich. So waren neben Vertretern des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg auch Repräsentanten der Ostpreußischen Kulturstiftung und der Stadtgemeinschaft Königsberg bei dieser Tagung anwesend.

Unter dem Eindruck einer Einleitung der bedeutenden britischen Kant-Forscherin Baroness Onora O'Neill und des deutschen Philosophen Otfried Höffe wurde die Person und das Wirken Kants aus den unterschiedlichsten Perspektiven betrachtet. Besonders vor dem Hintergrund der Herkunft Kants aus der ostpreußischen Provinzhauptstadt Königsberg machte Professor Höffe deutlich, dass Kant als wahrer Kos-

mopolit bezeichnet werden könne. Es gehe nicht darum, zwangsläufig und ständig die Welt zu bereisen, sondern sich vom Standort der Heimat aus um das Geschehen in der Welt zu kümmern und sich für dieses zu interessieren. Dies mache den wahren Kosmopoliten aus. Durch die heutige Lage von Kants Heimatstadt Königsberg in Russland bietet das Kant-Jubiläum die Möglichkeit zu einer engen Kooperation mit Russland. Klaus Brähmig, der als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen bereits 2014 die Beschäftigung mit dem Thema im Rahmen einer "Kant-Dekade" gefordert hatte, begrüßte daher diesen ersten umfangreichen Gedankenaustausch.



Die CDU/CSU-Abgeordneten Klaus Brähmig, Heiko Schmelzle und Matern von Marschall mit weiteren Tagungsteilnehmern

Projekt mit 24 Millionen Euro Gesamtkosten geht in die Bauphase

Sozialministerin Müller und Finanzminister Söder: „Sudetendeutsche erhalten neues Museum in München“



Foto:STMAS Bayern

Emilia Müller

Der Bauauftrag für die Errichtung des Sudetendeutschen Museums in München wird erteilt. „Vertreibung ist und bleibt Unrecht.

Das dürfen wir nicht vergessen.

Gut 70 Jahre nach Flucht und Vertreibung wird es Zeit für ein kulturhistorisches Zentrum aller Sudetendeutschen in Bayern“, teilten Sozialministerin Emilia Müller und Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder aus Anlass der Erteilung des Bauauftrages mit. Das Gesamtprojekt unterteilt sich in die Errichtung eines Neubaus sowie Er-tüchtigungsmaßnahmen im Sudetendeutschen Haus. Der Neubau entsteht unmittelbar angrenzend an das Sudetendeutsche Haus in der Hochstraße 9 in München. Die Kosten für den Neubau einschließlich Ausstattung betragen 18 Millionen Euro. Zusätzlich werden auch Räumlichkeiten im Sudetendeutschen Haus, die für das Museum genutzt

werden, für weitere 6 Millionen Euro ertüchtigt. An den Kosten von insgesamt 24 Millionen Euro beteiligt sich der Bund mit einem Drittel. Die Bauzeit beträgt in etwa drei Jahre.

„Als Vierter Stamm Bayerns prägen die Sudetendeutschen und ihre Nachkommen – neben den Franken, Schwaben und Altbayern – das Gesicht des Freistaates. Sie sind Brückenbauer nach Tschechien und Mitgestalter eines Europas in Frieden und Freiheit. Unser Dank gilt den hervorragenden Aufbauleistungen der Sudetendeutschen“, hoben Müller und Söder hervor. Der Bau des Sudetendeutschen Museums als Teil des Bayerischen Kulturkonzepts ist ein Leuchtturmprojekt Bayerns und ein zentrales Vorhaben bayerischer Vertriebenenpolitik. Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat dem Neubau bereits zugestimmt. Neben vorbereitenden Maßnahmen im Rahmen eines ersten Bauabschnitts fällt im jetzt anstehenden zweiten Bauabschnitt der Startschuss für den Neubau des Museums. Dieses soll an das Sudetendeutsche Haus angebaut und mit diesem verbunden werden. So sollen dort zum Beispiel auch die

Alfred-Kubin-Galerie und der Adalbert-Stifter-Saal für das Museum genutzt und entsprechend ertüchtigt werden.

Das neue Museum der Sudetendeutschen Stiftung wird über Geschichte, Kultur, Leistung und Schicksal der Deutschen in den Böh-mischen Ländern informieren. Es soll andere bundesweite Museen oder Dokumentationsstätten ergänzen, wie das Pommersche Landesmuseum in Greifswald oder das schlesische Landesmuseum in Görlitz. Der Neubau wird Platz bieten für zeitgemäße Präsentationsformen mit einer modernen Museumspädagogik. Der Neubau wird barrierefrei erschlossen. Mit der Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach wird jährlich ein CO₂-Einsparpotential von über 1 Tonne erzielt.



Foto:STMFH Bayern

Markus Söder

„Ein Pass für Deutschland“ – Dokumentarfilm zum Freikauf der Rumäniendeutschen

Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf nimmt an Filmvorführung und Podiumsdiskussion teil



Foto: LBHS

v.l.: Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, Dr. Heinz-Günther Hüsich, ehemaliger Chefunterhändler der Bundesrepublik, Moderatorin Dr. Anne Pollok-Müller, Regisseur Răzvan Georgescu und Hartwig Ochsenfeld, Betroffener und Mitwirkender im Film

Auf Initiative des Kunstvereins Hofheim e.V. wurde Ende Januar der international mehrfach ausgezeichnete Dokumentarfilm „Ein Pass für Deutschland“ des rumänischen Regisseurs Răzvan Georgescu erstmals in voller Länge in Hofheim am Taunus gezeigt. Der Film schildert den systematischen Freikauf der deutschstämmigen Bevölkerung Rumäniens in den Jahren zwischen 1968 und 1989. Unter dem Decknamen „Kanal“ wurden in geheimen Verhandlungen 245.000 Angehörige der deutschen Minderheiten in Rumänien von der Bundesregierung freigekauft. Auf Einladung des Regisseurs nahm die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, an der Filmvorführung und der anschließenden Podiumsdiskussion teil.

kumentation zeigt eindrucksvoll das Schicksal der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben, die seit Jahrhunderten in den Regionen des heutigen Rumänien lebten“, betonte die Landesbeauftragte.

Georgescu, der mit einer Rumäniendeutschen verheiratet ist und seit 20 Jahren in Hofheim lebt, zeigt in seinem Film bislang unveröffentlichte Aufnahmen aus Filmarchiven und lässt persönlich Betroffene und politisch Verantwortliche wie die ehemaligen Außenminister Hans-Dietrich Genscher und Klaus Kinkel sowie den stellvertretenden Chef des Bundeskanzleramtes unter Helmut Kohl, Horst Teltschik, zu Wort kommen. Die zentrale Rolle im Film spielt der Rechtsanwalt und ehemalige Bundestagsabgeordnete Dr. Heinz-Günther Hüsich, der als geheimer Chefunterhändler der Bundesrepublik mit dem

rumänischen Geheimdienst „Securitate“ über den Freikauf der Rumäniendeutschen verhandelte. „Das Prinzip Ausreise nur gegen Bezahlung“, so Hüsich, sei in der Geschichte einmalig. Dr. Hüsich, der ebenfalls an der Filmvorführung an diesem Abend teilnahm, stand dem Publikum in der anschließenden Podiumsdiskussion für Fragen zur Verfügung. An der Diskussionsrunde, die von Dr. Anne Pollok-Müller vom Kunstverein Hofheim moderiert wurde, nahmen neben Dr. Hüsich der Regisseur Răzvan Georgescu, die Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf sowie einer der Protagonisten des Films, Hartwig Ochsenfeld, als persönlich Betroffener teil.

Angesprochen auf die aktuelle Diskussion über Flüchtlinge, erklärte die Landesbeauftragte, dass die heutigen Flüchtlinge nur schwer mit den deutschen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichbar seien. „Damals kamen Landsleute mit gleicher Sprache, Kultur und Religion. Heute sind es Menschen mit ganz verschiedenen Nationalitäten, aus meist fremden Kulturkreisen, fremder Sprache und anderer Religion“, so Frau Ziegler-Raschdorf. Dennoch seien die Erfahrungen aus der Nachkriegszeit hilfreich für die jetzige politische Situation. „Das Wissen, dass die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach dem Krieg erfolgreich gelungen ist, kann uns Mut machen, auch die aktuellen Herausforderungen zu meistern“, unterstrich die Landesbeauftragte.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt